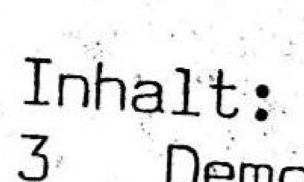

Nr. 356
14.12.1995
Kekse
KONSUM
Reichhaltiges Angebot
in der INTERIM
Das wöchentliche Ergebnis der Arbeit unserer Aktivisten und Werktätigen in Stadt und Land

Hallo, schön daß ihr raus seit!!!



adikal



Inhalt:

Ordner:

aus HH:zur Deutschen Bank
aus HH:feminist.Redebeitrag



Seit Anfang der Woche sitzt Conny aus der Fritzlarer Str. in Frankfurt in Beugehaft aufgrund der Aussagen des Spitzels Klaus Steinmetz. Dabei hat sich ein gewisser Herr Beyer als einer der bestbezahltesten Leser der Interim geoutet. Diese Zeitung behält sich deshalb strafrechtliche Schritte gegen ihn vor.





Übersetzungen an die Internationale Linke

Ein vier-seitiger Informationstext über die bundesweiten Durchsuchungen vom 13.6. und Kurzbeschreibung der kriminalisierten Gruppen wurde oder wird in folgende Sprachen übersetzt : Englisch, Spanisch, Portugiesisch, [geschwärzt] Italienisch, Türkisch, Französisch, Holländisch und Griechisch.

Bestelladresse:
Antirepressionsbüro Berlin
c/o PDS
Dieffenbach -33, 10967 Berlin
Tel:030-6949254/Fax:6949354

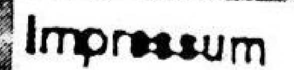
Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schultz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag





Bleiberecht statt Abschiebeknast!

Aufruf zur Demonstration und Musik-Kundgebung vor dem neuen Abschiebegefängnis in Köpenick

Zeigen wir am 16.12. unsere Solidarität mit den Menschen im Abschiebeknast

Am 16.12. wollen wir eine Demonstration vom Schloßplatz in Köpenick zum neuen Abschiebeknast in der Grünauerstraße machen. Das Abschiebegefängnis ist seit dem 16.10.95 offiziell eröffnet und seit dem 27.11.95 belegt. Darum soll dort eine Musik-Kundgebung stattfinden, mit Musikern aus verschiedenen Ländern und kurzen Beiträgen in verschiedenen Sprachen. Wir wollen diese Musik-Kundgebung für die Leute im Knast machen, aber auch um die klammheimliche Belegung und Inbetriebnahme in einen lautstarken Protest gegen Abschiebeknäste umzuwandeln.

Die Lage des neuen Abschiebegefängnisses ist nicht zufällig. Der Standort am Rande der Stadt schränkt den Kontakt zu FreundInnen und Bekannten in einer zermürbenden und psychisch belasteten Situation ein. Auch die Möglichkeiten der Flüchtlinge über Kontakt zu UnterstützerInnen- und Flüchtlingsgruppen gegen ihre drohende Abschiebung vorzugehen wird erschwert. Die Nähe zum Flughafen Schönefeld soll für reibungslose und schnelle Abschiebungen sorgen. So soll Flüchtlingspolitik systematisch den Augen der Öffentlichkeit entzogen werden.

Das bauliche Konzept vom neuen Abschiebeknast ist so angelegt, daß gemeinsame Aktionen gegen die Haftbedingungen und eine Solidarisierung der Gefangen untereinander erschwert wird. Bei einer Knastkapazität von 350 Menschen liegt die maximale Belegungszahl pro Trakt bei 24 Häftlingen. Damit entstehen kleine und leicht kontrollierbare Einheiten. Zusätzlich gibt es in jedem Trakt auch Einzelzellen, um (Zitat) "im Bedarfsfall einzelne Häftlinge aus der Sammelzellenunterbringung herauszulösen". Der gefängniseigene Sportplatz und die eingestellten SozialarbeiterInnen sollen einen "humanen" Abschiebeknast suggerieren. So etwas kann es natürlich nicht geben. Die Flüchtlinge werden meist gegen ihren Willen, oft mit Gewalt und unter Verabreichung von "Beruhigungsmitteln" abgeschoben. Erinnert sei hier an den Tod des Nigerianers Kola Bankole, der mit Beruhigungsmitteln für seine Abschiebung gefügig gemacht werden sollte und dabei starb.

Auch im Abschiebeknast Kruppstraße gab es immer wieder Proteste der Gefangenen gegen ihre Haftbedingungen. So im Sommer 1994, als die Häftlinge wiederholt die Überprüfung ihrer Haftdauer und -gründe einforderten. Doch die Proteste gegen die menschenverachtende und teilweise bis zu 1 1/2 Jahren dauernde Abschiebehaft wurden im Keim erstickt. Die an den Aktionen Beteiligten wurden in andere Abschiebeknäste verlegt und gemachte Zusagen wurden nicht eingehalten.

Obwohl immer weniger Flüchtlinge nach Deutschland gelangen, nimmt so die Zahl der Abschiebungen zu: 1994 wurden dreimal so viele Menschen abgeschoben wie 1992, dabei ging die Zahl der Asylanträge auf ein Drittel zurück.

Auch in Berlin gibt es seit langem Bemühungen die Abschiebungen effektiver und schneller durchzuführen. Seit Mitte 1993 plant die Innensenatsverwaltung eine Verdoppelung der - wie sie es technokratisch nennen - "Abschiebegewahrsams-Kapazitäten". Das alte DDR-Frauengefängnis in Köpenick wurde zu diesem Zweck umgebaut und modernisiert. Der neue, für 350 Gefangene ausgelegte Abschiebeknast muß dabei auch vor dem Hintergrund der zu erwartenden Massenabschiebungen nach Vietnam, Ex-Jugoslawien und Algerien gesehen werden. Wahrscheinlich bleiben auch die bisherigen Abschiebegefängnisse in Plötzensee (Frauen-Abschiebeknast) und in der Kruppstrasse in Tiergarten bestehen. Damit würden sich die Abschiebeknastplätze in Berlin auf 550 erhöhen.

Der einzige "Fehler", dieser Menschen, die in Abschiebehaft sitzen, war es, in die BRD zu fliehen. Sei es aufgrund politischer Verfolgung, auf der Suche nach einem besseren Leben, auf der Flucht vor Umweltkatastrophen oder vor Bürgerkriegen. Ihnen wollen wir mit der Aktion am 16.12. unsere Unterstützung und unsere Solidarität zeigen.

Weg mit den Abschiebeknästen

Unterstützen wir die Menschen im Abschiebeknast und verhindern wir Abschiebungen

16. DEZEMBER, 13.oo Uhr
SCHLOSSPLATZ KÖPENICK

[S] Spindlersfeld, von dort 10 Min. zu Fuß zum Schloß Köpenick

Es rufen auf: ARI - Antirassistische Initiative, FFM - Forschungsgesellschaft Flucht und Migration, Infoladen Omega, Ini gegen das Asylbewerberleistungsgesetz, Ini gegen Abschiebehaft Köpenick / Moabit, KUB - Kontakt- und Beratungsstelle für ausländische Flüchtlinge, Mafalga - Frauen-Lesben-Antiknastgruppe, Stadtteilladen Rat&Tat (Wedding), PDS Landesverband Berlin.

Wir brauchen alle, die mit Abschiebungen von Flüchtlingen nicht einverstanden sind und die sich vorstellen könnten, in einem ersten Schritt mit uns Inhaftierte in Köpenick zu besuchen.
Initiative gegen Abschiebehaft Köpenick
Treffen 1./3./5. Montag des Monats 19.00 Uhr, Institut für Asien- und Afrikawissenschaften, Luisenstr. 54/55 in Mitte, Raum 212, - Tel.232 99 77

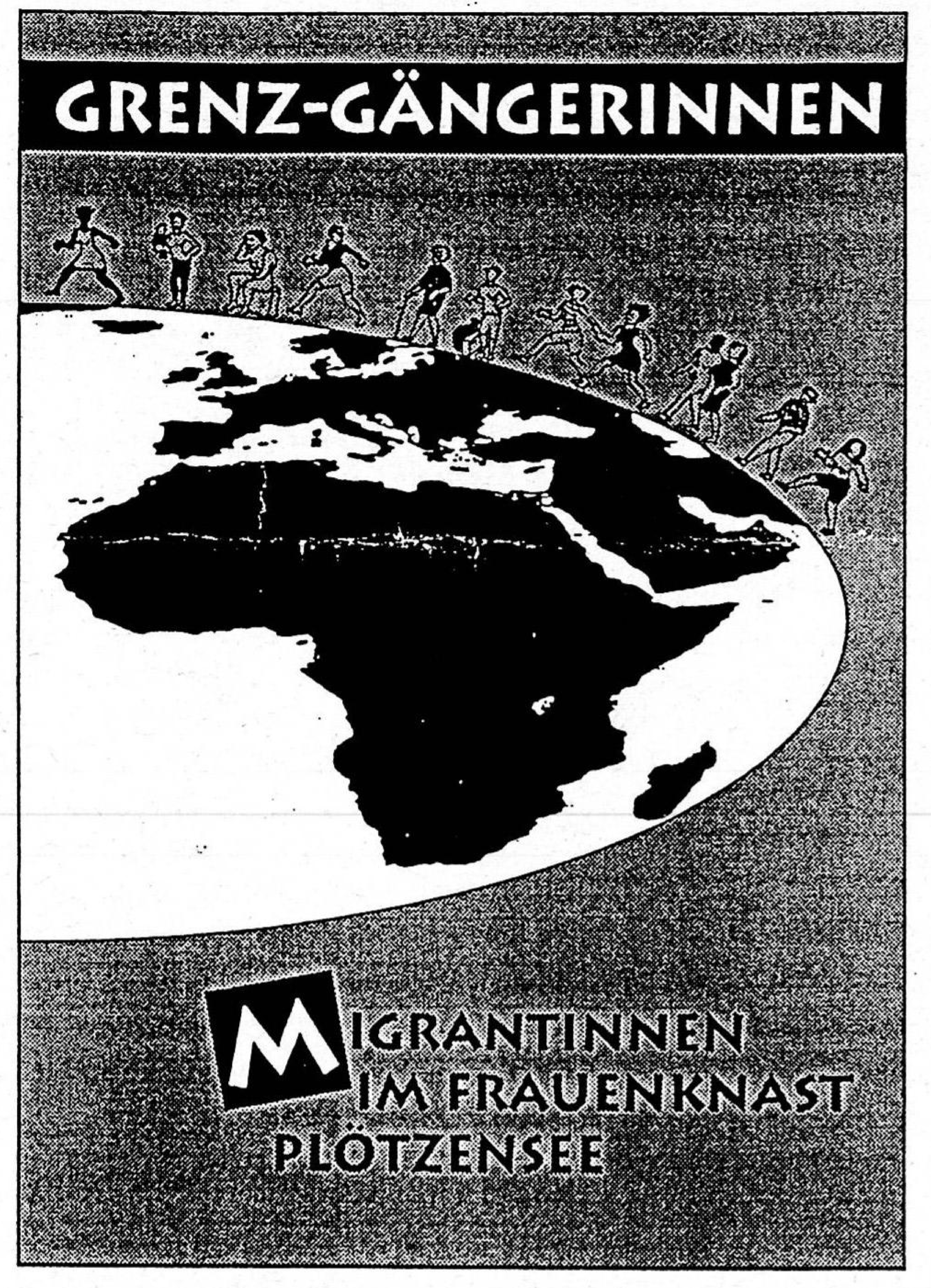


Initiative gegen Abschiebehaft

GRENZGÄNGERINNEN

MIGRANTINNEN IN DER PLÖTZE. EINE BROSCHÜRE

Wer weiß, wo Frau F. inzwischen lebt? Wir lernten sie 1993 im Frauenknast Plötzensee kennen. Das Landgericht Berlin hatte Frau F. wegen Diebstahl und Raub zu einer Haftstrafe von 3 Jahren und 9 Monaten verurteilt.
Mit unseren Besuchen im Knast entwickelte sich mit der Zeit eine Beziehung, die von unterschiedlichen und gegensätzlichen Stimmungen geprägt war. Wir erfuhren viel über Knastalltag, Schikanen und das Zusammenleben der inhaftierten Frauen untereinander. Umgekehrt konnte uns Frau F. bei späteren „Freigängen" in unserem Alltag erleben. Wir lernten eine Frau kennen, jenseits von Knast und Bürokratie, die uns, leider erfolglos, in orientalischem Tanz unterrichtete, mit uns Feste feierte, die aber auch oft verzweifelt und niedergeschlagen war über ihre aussichtlose Situation, über die Undurchsichtigkeit der Bürokratie, über ihre verschwundenen Kinder, über das beschissene Verhalten ihres Mannes, über ihr körperliches und psychisches Befinden. Ein zentrales Thema blieb ihr Wunsch, endlich den Knast zu verlassen und nach Serbien zurückzukehren.



Im Frauenknast Berlin-Plötzensee sitzen zur Zeit ca. 180 Frauen (Frauen machen nur ca. 4% der Gefangenen in deutschen Knästen aus). Der Anteil von Frauen ohne deutschen Paß schwankt in den verschiedenen Häusern zwischen 30% und 50%, in Untersuchungshaft ist er wegen überdurchschnittlich langer U-Haftdauer besonders hoch.
Viele Lateinamerikanerinnen und Osteuropäerinnen sind darunter sowie Frauen aus der sog. zweiten Generation von MigrantInnen.
Wir, das LAZ (Lateinamerikazentrum)-Frauenplenum, besuchen seit 1991 Migrantinnen in der Plötze, aufgrund unserer Sprachkenntnisse v.a. spanischsprechende Frauen, der Kontakt zu Frauen aus Osteuropa ist kaum vorhanden. Wir wollen den direkten Kontakt zu den Frauen, wollen sie persönlich und politisch unterstützen und Öffentlichkeit zu diesem Thema herstellen.
Es gibt für gefangengenommene Migrantinnen keine Sonderhaftbedingungen. Doch das häufige Fehlen sozialer Kontakte sowie einer politischen Lobby macht im Knastalltag vieles schwerer. Wer übersetzt das Juristendeutsch, wie kommt frau zu Hafterleichterungen, welche Möglichkeiten gibt es, die meist auf die Haftstrafe folgende Abschiebung in das Herkunftsland zu verhindern oder zu beschleunigen?

Neben diesen Fragestellungen, die meist aus dem Knastalltag rühren, beschäftigen wir uns in der Broschüre mit Themen, die uns für den hohen Anteil von Migrantinnen im Knast ursächlich erscheinen.

Das ist zum einen die Feminisierung von Migration und ihre Illegalisierung und Kriminalisierung. In Zeiten erschwerter Einwanderungsmöglichkeiten finden gerade Frauen Möglichkeiten und Wege nichtoffizieller Einreise. Viele dieser Wege allerdings führen in den Knast.
Ein weiterer Schwerpunkt ist die Politik mit Drogen, auf die wir durch unsere Besuche in der Plötze immer wieder gestossen wurden. Im Kapitel zu Drogen geht es um die Zusammenhänge zwischen internationaler Drogenpolitik und Rassismus, die aktuelle Legalisierungsdebatte, den Mythos Organisierte Kriminalität und die Suchtmittelabhängigkeit von Frauen.
Ausführlich beschreiben wir auch Haftbedingungen in der Plötze, und die Berliner Abschiebepraxis.
Am Schluß veröffentlichen wir einen Brief einer ehemaligen Gefangenen, die nach ihrer Abschiebung erneut migrierte und nun in den USA lebt.
Wir wollen mit der Broschüre die Situation verurteilter Migrantinnen transparenter machen und zur Diskussion politischer Konsequenzen anregen. Wir diskutieren vor allem Möglichkeiten Migration von Frauen zu unterstützen, so zum Beispiel durch die Forderung nach Legalisierung der Illegalisierten. Wir wollen die Migrationsbedingungen und Wege von Frauen sichtbar machen und auch ins linke Bewußtsein bringen. Im Zusammenhang mit Drogenpolitik fordern wir die Abschaffung des BTMG, Hintergründe dazu findet ihr in der Broschüre.

Die Broschüre erscheint im Herbst 95, kostet 10.- und ist im guten Buchhandel erhältlich. Unsere Kontaktadresse ist: Anares Nord, Postfach 2011, 31315 Sehnde

¡Ya Basta!

Der alte Antonio setzte sich auf einen Baumstamm. Nach kurzer Zeit begann er zu sprechen: „Siehst du das? Alles ist ruhig, es scheint, als würde nichts passieren." „Mmhh", antwortete ich, wohl wissend, daß er weder ein Ja noch ein Nein von mir erwartete. Daraufhin zeigte er auf den Gipfel des naheliegenden Berges. Die grauen Wolken hatten sich auf seiner Kuppe niedergelassen, und die Blitze verbannten das diffuse Blau der Hügel. Das sah nach einem kräftigen Sturm aus, aber noch so weit entfernt und deswegen harmlos erscheinend, daß der alte Antonio begann, sich eine Zigarette zu drehen und erfolglos ein Feuerzeug in seinen Hosentaschen zu suchen, denn er besaß keines. Mir blieb genug Zeit, ihm das meinige entgegenzustrecken.

„Wenn unten im Tal alles ruhig ist, gibt es in den Bergen ein heftiges Gewitter, und die Rinnsale werden immer stärker und machen sich in Richtung Tal", sagte er nach einem Tiefen Zug an seiner Zigarette. In der Regenzeit ist dieser Fluß wild, wie ein schlammiges Ungeheuer, das über die Ufer hiausgreift. Seine Stärke kommt nicht von dem Regenwasser, das in sein Flußbett fällt, es sind die Rinnsale, die von den Bergen kommen und ihn nähren. Er zerstört, gleichzeitig schenkt der Fluß neues Leben, aus seinem Wasser erwachsen Mais, Bohnen und Zuckerrohr für das bescheidene Mahl.

„So ist unser Kampf", spricht er zu mir und zu sich selbst. „In den Bergen wird die Kraft geboren, aber man sieht sie nicht, bevor sie unten ankommt." Er antwortet auf meine Frage, ob er glaubt, daß es bereits Zeit wäre, mit dem Krieg zu beginnen: „Es ist die Zeit in der der Fluß seine Farbe ändert."

Subcommandante Marcos



„¡Ya Basta!", „es reicht!" hatten die Dorfversammlungen in den Bergen im Südwesten Mexikos entschieden. „Es reicht, wir haben lange genug mit der Unterdrückung und dem Hunger gelebt", erlärten sie und besetzten am 1. Januar 1994 die Kolonialstadt San Cristóbal. Es folgte der Krieg, ein Waffenstillstand, Verhandlungen. Heute, zwei Jahre später, ist Mexiko ein verändertes Land. Die Kraft ist in den Tälern angekommen, der Fluß hat seine Farbe gewechselt. Es sind längst nicht mehr nur die Zapatistas aus dem Lakandonischen Urwald, die sich entschieden haben, die Geschichte selbst zu schreiben. In den Bergen Guerreros und Oaxacas, auf den Plätzen von Mexiko-Stadt, regt sich ein neues Selbstbewußtsein der Menschen, die endlich frei entscheiden wollen, wie ihr Leben und wie die Zukunft aussehen soll. Doch die Repression des Militärs, Manipulationspolitik der Staatspartei PRI, Massenentlassungen und Inflation drohen den Ruf nach Freiheit und einem Menschenwürdigen Leben zu ersticken. Niemand weiß heute, was morgen ist.

Wie die Situation in Mexiko aussieht, was die Zapatistas fordern, wie die Menschen in den Städten reagieren, darüber werden zwei Mitglieder des Redaktionskollektiv der Zeitschrift „LA GUILLOTINA" Auskunft geben. „LA GUILLOTINA" erscheint seit zwölf Jahren. In der Zeitschrift wird eine breite Debatte über linke Politik geführt. Das Redaktionskollektiv ist aus verschiedenen Ansätzen anarchistischer, libertär-kommunistischer, ökologischer, feministischer, schwuler und lesbischer Strömungen der mexikanischen Linken entstanden. „LA GUILLOTINA" beteiligt sich aktiv an der, auf Initiative der Zapatistas entstandenen, Convención Nacional Democrática (CND) und verschiedenen sozialen Bewegungen in Mexiko.

Freitag, 15.Dez.
20 Uhr Buchladen "Schwarze Risse" im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a

Sonntag 17.Dez.
18 Uhr Umweltbibliothek, Schliemannstr. 22
Anschließend Soli-Fiesta!

Mexiko-Gruppe im FDCL

Vorsicht Fälschung durch Anti-Antifa!!!!!!

Keine der Gruppen weiß etwas von diesem Aufruf.


Dieter Stein: "Der Antifaschimus als Wahnvorstellung". Seite 13

JUNGE FREIHEIT

DEMO !

Wo ? Zimmerstraße 55
Wann ? am 9.12.95 um 13 Uhr

Die Nazi-Zeitung "Junge Freiheit", herausgegeben von Dieter Stein, ist umgezogen. Von Potsdam nach Berlin-Kreuzberg in die Zimmerstraße 55. Frech nistet sich diese Nazi-Zeitung in unseren Kiez ein. Wir dürfen keine fascho Strukturen bei uns dulden. Greift ein ! Steht nicht abseits. Schlagt den Faschismus wo ihr ihn trefft.

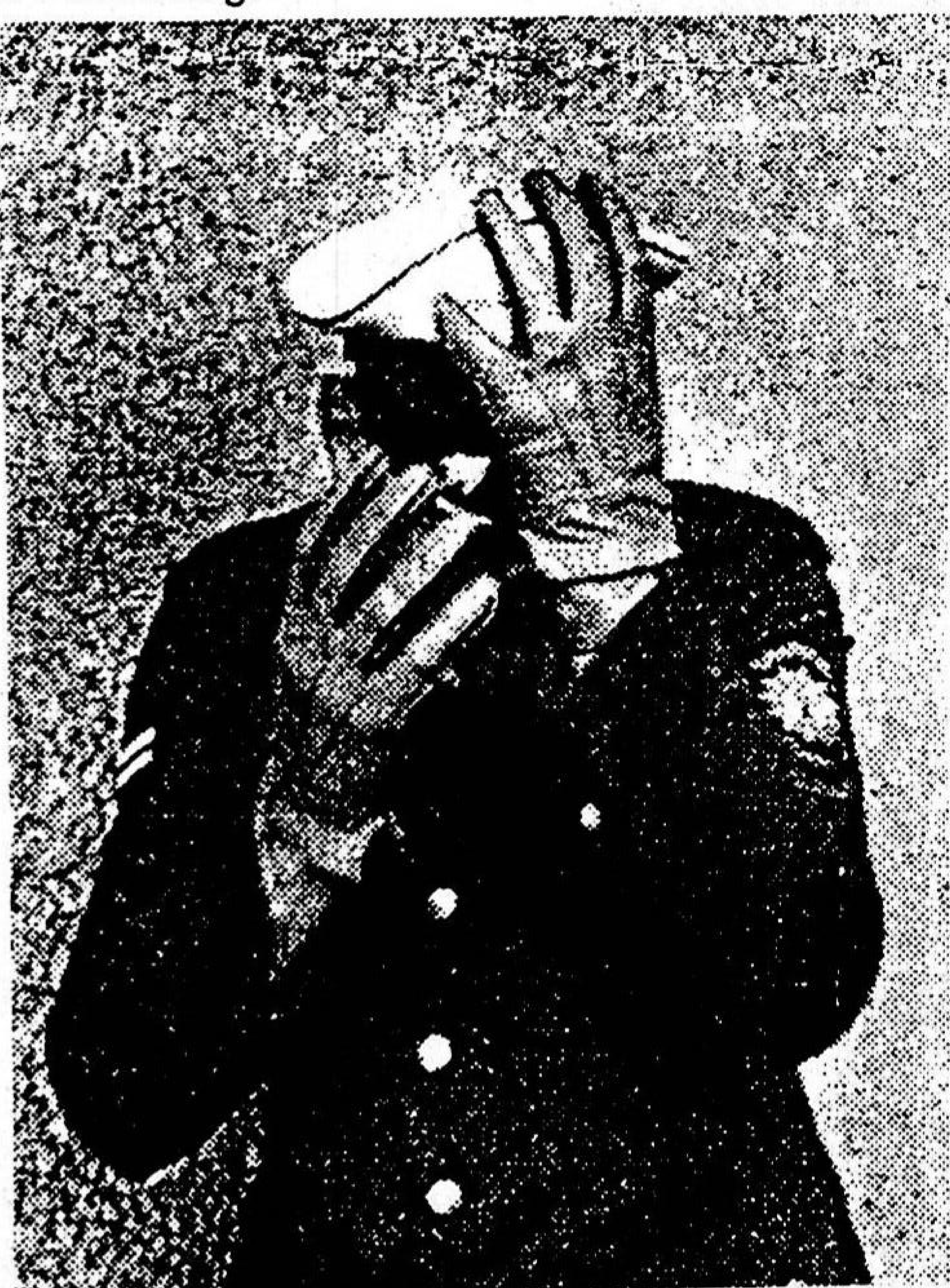
Kommt alle !

Unterstützerinnen:
[illegible]ionsbündnis Kreuzberg gegen Faschismus, Jusos, [illegible] Kreuzberg, SO36, [illegible] Grünen, Bund der Antifaschisten, Arbeitsgruppe Antifaschismus der PDS, [illegible] Sozialistische Arbeiter Jugend (SAJ), Junge Welt, Autonome Antifa's, Man-o-Meter, Buchladen Schwarze Risse, RZ, Was geht ab?, Antifa Info, Interim.

Antifaschistisches INFO-Blatt

Falsche Antifa-Demo

WGA, Taz 6.12., JW 5.12.95 - Seit Anfang Dezember kursiert in der linken Szene Berlins ein gefälschter Aufruf, in welchem zu einer Demonstration gegen die rechtsextreme Wochenzeitung ***Junge Freiheit (JF)*** am 9. Dezember '95 um 13. Uhr aufgerufen wird. Die Demonstration soll ausgerechnet in der Zimmerstr. 55, vor den Geschäftsräumen der JF stattfinden. Unter dem gefälschtem Aufruf ist eine Liste von 20 UnterstützerInnen (incl. den Revolutionären Zellen) gesetzt, die erstunken und erlogen ist. Alle Gruppen (Grüne, Jusos, Was geht ab?, Antifa Info, Junge Welt, Buchladen Schwarze Risse u.a.) die bis jetzt erreicht wurden haben das bestätigt. Als Verantwortliche iSdP sind die ***Edelweiss-Piraten*** mit der Adresse der Berliner Zeitung ***Interim*** angegeben. Auch die EPIs bestätigten, daß dieses Flugi eine Fälschung ist, schon zuvor gab es ein gefälschtes Flugblatt gegen die Junge Freiheit, das angeblich auch von den Edelweiss-Piraten gemacht worden sein sollte (siehe WGA #11). Die Junge Welt äusserte sich so: *"Wir wissen nicht, ob dieser Aufrur authentisch ist oder ob er von denen, die er vorgibt anzugreifen, fabriziert worden ist. Wir haben ihn jedenfalls nicht unterschrieben, und von seinem Inhalt war uns bis gestern auch nichts bekannt"*. Die Vermutung der JW kann gut stimmen, es wäre z.B. möglich, daß ein Grund vorgeschoben werden soll, um gewisse Antifaschistischen Gruppen zu kriminalisieren. Nach dem Brandanschlag auf die Druckerei der Jungen Freiheit, veröffentlichte diese ein sehr dubioses "Undercover-Interview" mit angeblichen Antifas. Daraufhin kam es zu Ermittlungen gegen Antifaschisten aus Göttingen (weil diese in dem Interview beschuldigt wurden). Gegenüber der taz bestritt **Dieter Stein**, Chefredakteur der JF, daß das Interview gefälscht sei, räumte aber ein, daß die Interviewer unter dem Signum der linken Tageszeitung Junge Welt aufgetreten sei. Weiterhin dementierte er, das er und seine Zeitung hinter den Fälschungen steckten, wollte aber auch aber nicht mehr kategorisch ausschließen, daß die Urheber Rechtsextremisten seien: *"Schließlich gibt es auch in der militanten Naziszene Leute, die uns als scheißliberal empfinden"*. Auch die PDS-Vize **Angela Marquard** bekam eine Anzeige von der JF, nachdem sie in einem Interview mit dem JFnahen **Frank Hauke** den Brandanschlag nicht verurteillte. Es könnte aber auch sein, daß so eine Antifa-Demo in Rathenow (die am selben Tag stattfindet) behindert werden soll. Wie auch immer, der Aufruf kommt nicht aus der Antifa-Szene, sondern ist eine Fälschung.



Päderastie ist sexuelle Ausbeutung

Ich will als ein Mann aus der Fraktion gegen Nebenwidersprüche einige Anmerkungen zum jüngeren Verlauf der Auseinandersetzung um den Päderasten XY machen.
Natürlich bin ich angesichts der Form der Auseinandersetzung nicht gerade erfreut, andererseits find ich's gut, daß sie nicht einschläft. Ich hoffe wir melden uns demnächst nochmal ausführlicher zu Wort.

Als erstes noch mal kurz einige "Fakten" die ohne Belastung von Einzelnen genannt werden können:

Der Päderast hatte bei einem Gespräch im Sommer gesagt, er hätte im Moment eine Beziehung zu einem 16-17jährigen und gleichzeitig zwei (auch sexuelle) Techtels mit auch um die 16-17jährigen.
Er selbst sagt (Interim 338):
"Ich bin kein Pädophiler (bzw. Päderast die schwule Variante) davon. Daß ich mich bis vor etwa acht Jahren selber als "Pädo" bezeichnet habe, lag vor allem an meinem Irrtum, was dieser Begriff beinhaltet."
Allgemein bekannt und von niemand bestritten ist, daß der Päderast früher auch sexuelle Beziehungen zu 11-13jährigen Jungs hatte.
Wir sind natürlich extrem mißtrauisch ob er sich wirklich daran hält, "nur" noch ältere Jungs anzumachen.
Ich möchte an dieser Stelle die Definition der "Frauen ohne weiße Weste" (Interim 355) wiederholen:
"**Päderastie**: homosexuelle Beziehung zwischen Männern und Knaben bzw. männlichen Jugendlichen."
In diesem Sinn ist xy ein Päderast, warum steht er nicht dazu und bezeichnet sich als schwul?
In ihrem Beitrag aus der Interim Nr.340 geht die Schwule Antifa leider etwas chaotisch mit den Begrifflichkeiten um.

Dazu einige Auszüge:

"In Bezug auf die vorherigen Definitionen (zu Päderastie vs. Pädophilie) wollen wir vorab klarstellen, daß wir pädophile Beziehungen *zumindest unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen* ohne wenn und aber ablehnen; es geht uns im folgenden Text um Päderastie, wir fänden es für die weitere Diskussion hilfreich, diese Definition beizubehalten, und nicht ständig beides zu vermischen."
Was soll denn die von mir kursiv herausgehobene Relativierung heißen? Ihr könnt Euch Gesellschaften vorstellen, in denen Sex mit Kindern in Ordnung ist?
Am Schluß des Textes:
"Wir finden deshalb die Forderung "Pädos raus" an diesem Punkt politisch falsch und menschlich eine Katastrophe."
Leider ist euer Text so kurz und ungenau, daß es mir schwerfällt zu verstehen, was nun genau Eure Position ist bzw. wer für Euch nach eurem Eingangswunsch nach Unterscheidung von Pädophilie und Päderastie dann "Pädos" sind.
Ich finde ihr müßtet in Eurer Diskussion eine Abgrenzung zu Päderasten erreichen. Wenn ein 35 Jähriger Mann eine Beziehung zu einem 16jährigen Mädchen hätte, würde auch niemand sagen: Der ist ein Hetero.

Für mich stellt Päderastie nach der ganz oben gegebenen Definition eine Form sexueller Ausbeutung da. Wir kennen mittlerweile mehrere Männer, denen es nach Anmache durch den Päderasten oft lange Zeit ziemlich scheiße ging. Ob sie das für sich als sexuellen Mißbrauch werten, liegt einzig und allein bei ihnen. Für uns handelt es sich um eine Struktur sexueller Ausbeutung.
Ein Päderast hat nicht *eine* ausnahmsweise durch einen starken Altersunterschied charakterisierte Beziehung, sondern eben wie XY in dem oben benannten Gespräch eingeräumt hat, z.B. mehrere gleichzeitig oder ziemlich viele im Lauf der Zeit.
Emotional greifbarer für viele wird das Ganze wenn ich einfach die Geschlechter wechsel:
Eine Frau, die jetzt Mitte dreißig ist hat drei sexuelle Beziehungen zu 16-17jährigen Jungs und im Laufe der letzten 10 Jahre vielleicht vierzig sexuelle Beziehungen zu 11- 18 Jungs? Alles o.k.? Ein "patriarchales" Ausbeutungsverhältnis ist bei oberflächlicher Betrachtung nicht zu erkennen.

Zu den Jungen Männern, auf die wir angeblich nicht eingehen und die wir angeblich als "kleine unreife Idioten" (Frauen ohne weiße Weste) abstempeln:
Der Päderast schreibt (Interim 338):
"Mein Interesse ist es, Jugendlichen in ihrer persönlichen Entwicklung zu helfen, sie zu stärken und ihnen dabei vielleicht auch was zu vermitteln, wo sie es wollen."
Solch pädagogischen Blödsinn haben wir nicht verzapft.
Dies ist das übliche Päderasten-Argument, was die angeblich "gleichberechtigte" Beziehung als das beschreibt, was es ist: ein hierarchisches "ich bring dir was bei..."

"Ich müßte lügen, wenn ich sagen würde ich kenne keinen, dem die Anmache von XY unangenehm war."
Hat ein Mann zu mir gesagt. Kurze Zeit später hat er uns bei einer öffentlichen Auseinandersetzung aufgefordert, die Opfer auf den Tisch zu packen.
In der Auseinandersetzung fielen z.B. noch folgende Äußerungen:
"Nur weil einer schmutzige Hände hat is er doch noch kein Sexualverbrecher"
"Und wenn einer drauf steht, glühende Messer in den Arsch geschoben zu bekommen; na und; kann doch jeder machen was er will."
Wir glauben nicht, daß in einem Auseinandersetzungsklima dieser Art sich einer traut darüber zu reden, was er vieleicht doch nicht so toll fand.
Wir wissen auch, daß XY schon wegen Mißbrauchs angezeigt wurde. Dann sind Leute rumgerannt und haben versucht herauszubekommen wer das war. Was würden sie tun, wenn sie herausfänden es geht um den Jungen soundso?
Wir werden weiterhin darauf beharren, die Auseinadersetzung an der sexuellen Ausbeutungsstruktur zu führen und nicht die Gefühle von welchen dem Gruppendruck preiszugeben!

Die "Frauen ohne weiße Weste" sagen irgendwer hätte versucht den Jugendlichen einen Stand auf einem Straßenfest zu verbieten. Wir wissen davon nichts und finden das ziemlich dumm. Ich freue mich, wenn die Jugendlichen trotz dem Zoff überall dabei sind.

Zum Überfall auf XY:
Wenn Leute ihn überfallen haben, fände ich es extrem wichtig, daß sie erklären, weshalb sie das gemacht haben. So hat der Überfall (mal vorrausgesetzt, er hat tatsächlich stattgefunden) hauptsächlich dem Päderasten genützt.

Paul

Liebe Grüße an Anja aus FFM (siehe Interim 352) laßt euch nicht kleinkriegen!

Archiv der Sozialen Bewegungen Hamburg

FotoArchivKollektiv

Archive ausgebrannt - aber wir machen weiter!

In der Nacht vom 27./28. November sind der gesamte erste Stock und das Dach der Roten Flora in Hamburg durch ein Feuer zerstört worden. Nach dem jetzigen Informationsstand spricht einiges dafür, daß es Brandstiftung war. Ausgangspunkt des Feuers war der Archivraum im ersten Stock der Flora. Da die TäterInnen ein Loch in die Wand geschlagen haben, um in den Archivraum zu gelangen, war ihr Interesse offensichtlich neben der Flora auch die Bestände des Archivs gezielt zu vernichten.
Dies ist ihnen leider fast vollständig gelungen. Zwar haben einige Zeitungen in Boxen und im angrenzenden Lagerraum für doppelte Exemplare das Feuer überstanden, sind aber durch Löschwasser stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Zumindest ist der Grundstock für einen Wiederaufbau gelegt.
Unwiederbringlich vernichtet sind aber die ganzen Sammlungen von Flugblättern, Zeitungsausschnitten, Broschüren und Plakaten der undogmatischen Linken seit 1968 bis heute, die sich in dieser Form -Ergebnis von achtjähriger Sammel- und Sichtungsarbeit- nicht wieder aufbauen lassen. Ebenso das ganze Büromaterial, die technischen Geräte und das Mobiliar. Nach ersten Schätzungen beläuft sich der finanzielle Gesamtschaden auf mindestens 70.000 DM. Der immaterielle Verlust ist nicht schätzbar.
Das FotoArchivKollektiv hat alle Kontaktabzüge, die Systematik und viel Arbeitsmaterial verloren. Von einem Teil der Fotos existieren noch die Negative, aber es sind auch eine Reihe von Originalen vernichtet worden.
Für uns Archivgruppen ist es klar, daß wir unsere Arbeit fortsetzen bzw. wiederanfangen werden. Ebenso klar ist es, daß wir dies in der Roten Flora tun werden. Da aber ein Einzug in einen unbedachten, ausgebrannten Raum auch mit größtem Idealismus nicht mehr zu machen ist, fordern wir den Senat auf, sofort Gelder für eine Notsanierung und den Wiederaufbau des ersten Stockes sowie des Daches zur Verfügung der FloranutzerInnen zu stellen.

Was wir jetzt brauchen....

Neben vielen aufmunternden Worten braucht das Archiv der Sozialen Bewegungen schnellmöglichst Räume. Einerseits einen größeren Büroraum, in dem Archivarbeit und die Lagerung einiger Teile der Bestände möglich ist. Wunschvorstellung ist ein Raum im Schanzenviertel oder Umgebung, möglichst umsonst oder kostengünstig. Andererseits trockene Lageräume für das gerettete Material. Dies können z.B. Dachböden oder trockene Kellerräume sein. Nutzbar müßten die Räume für mindestens ein halbes bis ein Jahr sein - dann ist die Flora ja hoffentlich wieder aufgebaut. Wer eine Idee hat, melde sich bitte bei unserer Exilanschrift oder in der Flora. Jede Idee kann helfen.

...und etwas später....

brauchen wir wieder Büromaterial, Einrichtungsgegenstände (wie Regale, Schreibtische, Stühle etc.) und technische Geräte wie Faxgerät, Kopierer und Computer. (Hierbei müssen wir leider eine kleine Einschränkung machen: 286er Computer sind für die notwendigen Archivierungsprogramme nicht leistungsfähig genug.) Und natürlich die privaten Sammlungen der APO-bewegten Eltern, der eigenen autonomen oder linksradikalen Vergangenheit und noch besser Gegenwart, die säuberlich archivierte seltene Stadtzeitung aus Buxtehude, die verkramte Anschlagserklärung aus alten Hafentagen, die Protokolle aus der KB-Stadtteilzelle, das Diskussionspapier zum Patriarchat von '82, und, und und. Sortiert das ruhig schon mal vor, und wenn wir ausreichend Platz und einigermaßen Übersicht haben, melden wir uns wieder, und die Papierberge können kommen. Denn nur durch die aktive Unterstützung von Euch ist das Archiv aufgebaut worden, und nur so kann es wieder aufgebaut werden. Meldet Euch ruhig schon mal, wenn Ihr was für uns habt.

Das FotoArchivKollektiv....

wird in kurzer Zeit eine eingeschränkte Arbeit wiederaufnehmen können. Im Schwarzmarkt wird über ein Postfach die Möglichkeit der Kontaktaufnahme bestehen, um die Bestände ansehen zu können. Fotos von aktuellen Aktionen und Demos werden natürlich auch weiterhin gemacht. An Spenden werden auch Büro- und Fotomaterial benötigt.

Politische Forderungen...



liegen im Moment klar auf der Hand: Die Wiederherstellung der Roten Flora mit Hilfe von Sanierungsgeldern des Senats und die weiterhin uneingeschränkte Nutzung des Hauses durch die bisherigen NutzerInnengruppen. Auf keinen Fall ist es hinzunehmen, daß der Brand von den politisch Verantwortlichen im Senat genutzt wird, um die Nutzung des Hauses unter ihre Kontrolle zu bringen. Da das Gebäude durch die Hamburger Feuerkasse versichert ist, muß den NutzerInnen die Versicherungssumme zur freien Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig muß die Nutzung des Hauses in seiner bisherigen Form garantiert werden.
Die Archive wollen ihre Arbeit auch in der Roten Flora fortsetzen, alle jetzigen Raumlösungen sind also nur Übergangslösungen, um die Bauzeit zu überbrücken. Zur Zeit wird die Flora mit unseren eigenen Mittel wieder nutzbar gemacht und der Betrieb des Hauses so bald es geht wieder aufgenommen. Es hat in der Roten Flora gebrannt, die Schäden werden behoben, aber ansonsten wird mit dem Gesamtbetrieb so weiter gemacht wie bisher. Denn: die Flora bleibt in der Hand der bisherigen NutzerInnen!

Spenden...

sind aufs Schärfste erwünscht, sowohl für die Flora wie für die Archive. Das Archiv der Sozialen Bewegungen wird wieder aufgebaut, in vielleicht einem halben Jahr kann es wieder eingeschränkt genutzt werden, wenn alles gut geht. Dafür brauchen wir Geld-, Sach- und eben Archivmaterialspenden. Spendet, werdet aktiv zur Unterstützung des Wiederaufbaus der Flora und der Archive - Euren Ideen sind keine Grenzen gesetzt.

Erreichen...

könnt Ihr die Archive erstmal folgendermaßen:

Archiv der Sozialen Bewegungen Hamburg:

Postalisch:
Schulterblatt 71
20357 Hamburg

Mit Fax:
Fax: 040/ 4108122

Persönlich:
Fr. nachmittag im
Schwarzmarkt,
Kl.Schäferkamp 46
20357 Hamburg

Spendenkonto:
Hamburger Bank
Schröder/Archiv
Kto.12 26 75 03
Blz. 201 900 03

FotoArchivKollektiv:

Postalisch:
c/o Schwarzmarkt
Kl. Schäferkamp 46
20357 Hamburg

ZUM LAUSCHANGRIFF AUF DAS EIFELHAUS

Uns, einigen NutzerInnen und BesucherInnen des Eifelhauses in Wanderath ist es wichtig, euch, nach allem was an Staatsschutzlügen und Pressehetze gelaufen ist, über die Geschehnisse rund um dieses Haus zu informieren und ein paar Sachen klarzustellen.
Das Haus wurde am 13.6. im Rahmen der bundesweiten Razzia durchsucht. Microspuren wurden genommen, alles wurde geschwärzt (wegen Fingerabdrücken), Raumluft abgesaugt, im Garten rumgebuddelt, sämtliche Lebensmittel wurden verhaftet und diverse persönliche Sachen auch. Anschließend wurde klar, daß das Haus abgehört worden war (es wurden wohl 2 Häuser auf dem Grundstück abgehört, daß eine hat mit dem anderen nix zu tun, gehört Verwandten der Besitzerin des Hauses). Seit spätestens Mitte 93 wurden alle unsere Gespräche in der Eifel abgehört, aufgenommen ,vom Staatsschutz beschnüffelt + begutachtet + archiviert. Inzwischen ist wohl (u.a. durch den Spiegel Artikel) weitgehend bekannt, daß vom Amtsgericht in Mayen (Rheinland Pfalz) der Lauschangriff ab 4.6.93 für mindestens ein halbes Jahr genehmigt wurde. So weit ist es bisher aus einem Beschluß des BGH bekannt. Offizelle Begründung für diesen Angriff war zunächst ein Verfahren gegen 3 Leute - 2 ehemalige politische Gefangene und noch einen hier aus Köln, wegen "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung". Es gibt bisher keine nähere Begründung dieses "terrorismus"- Vorwurfes von BAW oder BGH. Über den Spiegel haben "die Ermittler" aber ihre Lügen über einen "RAF - Hintergrund" + eine "geplante RAF Gipfel-Konferenz" verbreiten lassen. Später, im November 93, wurde diese Begründung für den Lauschangriff erweitert , weil "...Nach den bisherigen Ermittlungen sei davon auszugehen, daß sich die verschiedensten Gruppierungen der linksextremistisch/-terroristischen Szene im Objekt Baar-Wanderath treffen. Die Maßnahmen seien erforderlich, um in einem frühen Stadium Erkenntnisse über Planung und Vorbereitung von Anschlägen mit linksterroristischem Bezug und zur Erlangung von Hinweisen auf mögliche Aufenthaltsorte der mit Haftbefehl gesuchten mutmaßlichen RAF-Mitglieder zu gewinnen...."(aus einem BGH-Beschluß).
Von Bullen, BAW und BGH wird das Eifelhaus mit Vorliebe als "abgelegene Blockhütte" bezeichnet, wohl damit es sich konspirativer anhört und somit ihre repressiven Maßnahmen rechtfertigt. Tatsache ist, daß das Haus seit Jahren oft + regelmäßig von vielen aus der Kölner Scene und ihren FreundInnen + Bekannten als Wochenendhaus genutzt wird. Für Partys, zum relaxen, und natürlich auch für politische Diskussionen.
Wir kennen das Knacken in unseren Telefonen, Observationen durch politische Polizei usw., auf die eine oder andere Art ist das für alle aus der radikalen Linken mehr oder weniger alltäglich - deshalb hatten auch viele die Möglichkeit im Kopf, daß sie auch dort abgehört werden könnten.
Das Märchen von der "abgelegenen Blockhütte" ist nicht die einzige Lüge, die die Staatsschutz Ermittler streuen: Falsch ist auch die Behauptung im Spiegel, daß vor + nach dem angeblichen RADIKAL- Treffen in dem halben Jahr des Lauschangriffs keine anderen Leute in dem Eifelhaus zu Besuch gewesen wären. Es ist heute, gut zwei Jahre später, natürlich schwierig zu rekonstruieren, aber es ist sicher, daß andere Leute aus Köln in diesem Zeitraum da waren. Und es widerspricht auch der Rundumschlag-Kriminalisierung "weiterer linksextremistischer /terroristischer Gruppierungen", die sich hier treffen würden und abgehört werden müßten.
Den reißerischen Spiegel-Artikel - auch wennn er manchen so Lauschangriff-kritisch vorkommt - verstehen wir als Hofberichterstattung für den Staatsschutz: das Eifelhaus, die RADIKAL



und die RAF werden diffus in einem Topf verrührt:
- durch die Desinformationen und Lügen über den angeblichen RAF Hintergrund des Lauschangriffs (und zur RADIKAL: "...die seit 1976 vor allem für die RAF kräftig wirbt...")
- durch den Titel: "Big Bang in Wanderath"
- durch die Fotomontierung: 2x das Eifelhaus, 1x der gesprengte Knast in Weiterstadt.

Das soll den Lauschangriff legitimieren und vor allem die Verurteilung der im RADIKAL-Verfahren Verfolgten vorbereiten.

Bisher wird jede weitere Information über den Lauschangriff unter Verschluß gehalten, das Amtsgericht Mayen schreibt den Rechtsanwälten dazu, sie wüßten eigentlich gar nichts und mal: die Akten wären wohl beim LKA Wiesbaden, oder mal: sie wären wohl bei der Staatsanwaltschaft Koblenz. Der BGH verweigert jede Akteneinsicht.

Wir überlegen, wie wir gegen diese Abhöraktion vorgehen können, sie bedeuetet auch die Einführung des großen Lauschangriffes durch die Hintertür.

Wir fordern die Herausgabe aller Bänder - und daß sie (zumindest offiziell) beim Staatsschutz gelöscht werden.

Und wir fordern die Einstellung aller Ermittlungsverfahren, die sich aus dem Lauschangriff ergeben haben.

Falls ihr Ideen, dafür hilfreiche Kontakte o.ä. habt, freuen wir uns über eure Unterstützung. Wendet euch an uns über: Infoladen Köln, Ludolf Camphausen Str.36, 50672 Köln., Stichwort Eifelhaus.

Kommt alle zur bundesweiten Demo am 16.12. in Hamburg !

GRÜSSE, LIEBE UND KRAFT AN DIE GEFANGENEN UND GESUCHTEN !!

Für eine unkontrollierte Widerstandspresse !

LEBT RADIKAL !!!

Einige NutzerInnen des Eifelhauses

FOTO: STEPHAN ELLERINGMANN / BILDERBERG

BUNDESGERICHTSHOF BESCHLUSS

(....) a) Der Senat schließt sich aufgrund einer im gegenw
tigen Verfahrensstadium nur vorläufig möglichen Bewertun
der bisherigen Ermittlungsergebnisse der Auffassung des
mittlungsrichters des Bundesgerichtshofes an, daß die im
Herbst 1993 durch den Einsatz besonderer technischer Mit
gewonnenen Erkenntnisse über Gespräche von Besuchern zwe
einsam gelegener Blockhütten zur Begründung strafprozess
ler Maßnahmen, insbesondere von Durchsuchungs- und Besch
nahmeanordnungen, mit herangezogen werden dürfen.

Das Amtsgericht Mayen hat durch Beschluß vom 4. Juni
1993 - 3 Gs 194/93 - auf Antrag des Landeskriminalamts
Rheinland-Pfalz diesem oder der von dort beauftragten Stelle
gestattet, in zwei Blockhütten in Baar-Wanderath besondere
technische Mittel im Sinne des § 25 b Abs. 1 PVG Rh.-Pf.
(umbenannt in POG aufgrund des 6. Gesetzes zur Änderung des
PVG vom 8. Juni 1993, GVBl. 1993 S. 314, 407, 595) in Ge-
stalt von Mikrosendern zur Erhebung öffentlich nicht zugäng-
licher personenbezogener Informationen für die Dauer von
sechs Wochen anzubringen, und zwar "bezogen auf die der Mit-
gliedschaft in einer terroristischen Vereinigung verdächti-
gen Personen [geschwärzt], G[geschwärzt] und A[geschwärzt]
sowie bezogen auf weitere Besucher der eingangs genannten
Blockhütten, sofern bei dem letztgenannten Personenkreis die
Voraussetzungen des § 25 b I Nr. 2 PVG im Einzelfall vorlie-
gen". Außerdem gestattete das Amtsgericht gemäß § 20 Abs. 1
Nr. 3, Abs. 3 PVG das Betreten der Blockhütten zum Zwecke
der Anbringung der bezeichneten besonderen technischen Mit-
tel. Anlaß für diesen präventiv-polizeilichen Gerichtsbe-
schluß war die Annahme, daß sich der RAF angehörende Perso-
nen in diesen Blockhütten treffen. Die Gestattung des
Lausch-Eingriffs wurde durch Beschlüsse des Amtsgerichts
Mayen vom 16. Juli 1993 und vom 10. September 1993 um je-
weils weitere acht Wochen verlängert. Durch Beschluß vom
5. November 1993 hat das Amtsgericht die Observationsdauer
um nochmals acht Wochen verlängert und zur Begründung ausge-
führt: Nach den bisherigen Ermittlungen sei davon auszuge-
hen, daß sich die verschiedensten Gruppierungen der linksex-
tremistisch/-terroristischen Szene im Objekt Baar-Wanderath
treffen. Die Maßnahmen seien erforderlich, um in einem frü-
hen Stadium Erkenntnisse über Planung und Vorbereitung von
Anschlägen mit linksterroristischem Bezug und zur Erlangung
von Hinweisen auf mögliche Aufenthaltsorte der mit Haftbe-
fehl gesuchten mutmaßlichen RAF-Mitglieder zu gewinnen.

Im vorliegenden Ermittlungsverfahren hat der Senat nicht zu überprüfen, ob die genannten amtsgerichtlichen Beschlüsse durch die in ihnen angeführten landesgesetzlichen Ermächtigungsgrundlagen in jeder Beziehung gedeckt sind und ob diese ihrerseits den grundgesetzlichen Anforderungen entsprechen. Denn die Gerichtsbeschlüsse waren jedenfalls wirksam und nicht offensichtlich fehlerhaft (vgl. Roos POG Rh.-Pf. 1995, einerseits § 25 b Rdn. 9, andererseits § 20 Rdn. 8; Hofe in Recht und Politik 1993 S. 117 ff.; Kutscha in NJW 1994 S. 85 ff.). Sie erfaßten auch die Eingriffe gegenüber den Beschuldigten des vorliegenden Ermittlungsverfahrens. Denn diese waren "weitere Besucher" im Sinne des Gerichtsbeschlusses vom 4. Juni 1993, bei denen die Voraussetzungen des § 25 b Abs. 1 Nr. 2 PVG Rh.-Pf. vorlagen, und gehören nach dem gegenwärtigen Stand der Ermittlungen einer linksextremistisch/-terroristischen Gruppierung im Sinne des Beschlusses vom 5. November 1993 an. Es besteht auch eine unmittelbare Verbindung zu den gesuchten RAF-Mitgliedern dadurch, daß sie verdächtig sind, in der von ihnen herausgegebenen Untergrundzeitschrift "radikal" auch für die RAF zu werben. Die Annahme des Amtsgerichts, daß die besondere Observation im Sinne des § 25 b Abs. 1 Nr. 2 POG zur vorbeugenden Bekämpfung der Katalogtaten der §§ 129, 129 a StGB erforderlich gewesen sei, erscheint wegen der besonderen Gefährlichkeit der zu verhindernden Straftaten auch unter Berücksichtigung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes vertretbar.

Die Weitergabe der durch die Lausch-Eingriffe gewonnenen Erkenntnisse durch das Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz an den Generalbundesanwalt hielt sich im Rahmen der Verwendungsbeschränkung des § 25 c POG Rh.-Pf. Danach darf die Polizei personenbezogene Informationen, die gemäß § 25 b POG erhoben worden sind, außer an Polizeibehörden u.a. an andere öffentliche Stellen zur vorbeugenden Verbrechensbekämpfung, also der in § 25 b Abs. 1 Nr. 2 POG genannten Straftaten, also auch solcher nach den §§ 129, 129 a StGB, übermitteln. Darüber, ob diese landesgesetzliche Zweckbindung der Daten eine Weitergabe zu ausschließlich repressiven Zwecken verbietet, und darüber, ob dann, wenn dies der Fall wäre, die Weitergabe entgegen einem solchen Verbot zu einer strafprozessualen

Unverwertbarkeit der in die Hände des Generalbundesanwalts gelangten Erkenntnisse führen würde, braucht der Senat nicht zu entscheiden. Denn die Weitergabe der erhobenen Informationen an den Generalbundesanwalt war das allein Erfolg versprechende Mittel, mit dem das Landeskriminalamt im Rahmen der ihm obliegenden vorbeugenden Verbrechensbekämpfung die Fortsetzung der Betätigung der Beschuldigten in der kriminellen Vereinigung "Redaktionskollektiv radikal" und deren Werbung für verschiedene linksterroristische Vereinigungen (einschließlich zu erwartender terroristischer Folgetaten) wirksam unterbinden konnte. Die weitere Begehung dieser schwerwiegenden Dauerdelikte begründet eine hohe Gefahr für Leib oder Leben der anschlagsgefährdeten Personen und für die als Anschlagsziele ausgewählten bedeutenden Sachwerte. Da die von den Beschuldigten mutmaßlich unterstützten terroristischen Vereinigungen bundesweit tätig sind und deren Kommunikation untereinander und die Anwerbung neuer Mitglieder und Sympathisanten durch die von den Beschuldigten hergestellte und zum Teil vom Ausland aus vertriebene Untergrundzeitschrift "radikal" bundesweit vermittelt und aufrechterhalten wird, erscheint die Beseitigung dieser ständigen Gefahrenquelle für menschliche und sachliche Anschlagsziele nur durch bundesweit aufeinander abgestimmte strafprozessuale Exekutiv-Maßnahmen möglich, wie sie allein durch den Generalbundesanwalt bewirkt werden können. Jedenfalls bei dieser Verfahrenssituation verstößt die Weitergabe der Daten an den Generalbundesanwalt und deren Verwertung im vorliegenden Ermittlungsverfahren nicht gegen den auf Gefahrenabwehr ausgerichteten Gesetzeszweck des § 25 c POG Rh.-Pf., so daß schon deswegen im gegenwärtigen Stadium des Verfahrens ein Verwertungsverbot ausscheidet (vgl. auch § 3 Abs. 3 und § 7 Abs. 3 G 10: Verwertung von Erkenntnissen nach dem G 10 auch zur Verfolgung von Strafaten nach § 129 a StGB; § 9 Abs. 2 und 3 Satz 2 BVerfSchG i.V.m. § 7 Abs. 3 G 10: Verwertung eines Lausch-Eingriffs in einer Wohnung auch zur Verfolgung von Straftaten nach § 129 a StGB).

(.....)

Zum bevorstehenden Prozeß wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" gegen unsere Genossin Ursel Quack

Am 8. November 1994 wurde Ursel Quack in Saarbrücken verhaftet. Daran und an den gleichzeitig stattfindenden Hausdurchsuchungen waren insgesamt 70 Beamte aus Bundeskriminalamt, Landeskriminalamt, ein Vertreter der Bundesanwaltschaft (BAW) u.a. beteiligt. Der vom Bundesgerichtshof ausgestellte Haftbefehl lautete auf „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, §129a". Am 21. November 1994 - zwei Tage vor dem zweiten Haftprüfungstermin - wurde der Haftbefehl auf Antrag der BAW „außer Vollzug gesetzt", und am 7. April 1995 ganz aufgehoben.

Grundlage des Verfahrens ist ein Brief an die RAF, der in einem Rucksack von Birgit Hogefeld nach ihrer Verhaftung in Bad Kleinen 1993 gefunden wurde und der Ursel zugeordnet wird.

Der Wortlaut des Briefes wurde auch auf einer durch das Bundeskriminalamt im November 1993 in Wiesbaden beschlagnahmten Diskette des VS-Agenten Steinmetz sichergestellt. Die Hausdurchsuchung fand im Zusammenhang mit dem inzwischen eingestellten Ermittlungsverfahren wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" gegen den VS-Agenten statt.

Im Rucksack von Birgit Hogefeld befanden sich neben dem Brief Zeitungsartikel, Flugblätter, Zeitungen etc. aus der Region Saarbrücken.

Anfang August 1995 beantragte die BAW mit einer 84 Seiten dicken Anklageschrift, die Ursel erst Anfang November zugestellt wurde, die Eröffnung des Hauptverfahrens beim Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts in Koblenz. Im wesentlichen folgt die Anklageschrift den „Begründungen", wie sie bereits im Haftbefehl ausgeführt waren: Ursel habe im Raum Saarbrücken ein Geflecht von Basisinitiativen aufgebaut mit dem Ziel, das „RAF-Konzept Gegenmacht von unten" umzusetzen und habe direkten Kontakt mit der „Kommandoebene" der RAF aufgenommen, um ihre politischen Aktivitäten mit der RAF abzustimmen. Wir rechnen mit Prozeßbeginn in den ersten Monaten des kommenden Jahres.

Post an die RAF

Der Brief an die Illegalen ist zugleich das wenige, was die Staatsschutzbehörden wirklich haben. Der Rest ist Beiwerk, ein aufgeblasener Luftballon, der auch platzen kann. Nach zwei Jahren scheint das Ergebnis der „Ermittlungen" der BAW umgekehrt proportional zu ihrer Dauer. So beinhalten die auf acht Ordner gestreckten „Ermittlungsergebnisse" Kopien der Stadtteilzeitung „Stoffwechsel" in mehrfacher Ausfertigung, alleine an die 200 Seiten Urteilsbegründungen aus anderen § 129a-Verfahren, Kopien der gesamten Korrespondenz von Ursel mit Gefangenen aus der RAF etc.

Was immer die BAW mutmaßt - einerseits daß die RAF am Ende sei (Siehe Frankfurter Rundschau vom 21.12.94 „RAF in ihrer klassischen Form ist tot"), andererseits, daß sie „nach wie vor die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Bundesrepublik Deutschland durch schwerste Straftaten gewaltsam verändern" will (aus der Anklageschrift) - sie verfolgt mit ihrer Repression das, was Bezugspunkt sein könnte für eine emanzipatorische, internationalistische Politik, die die Grenzen des bürgerlichen Systems aufsprengt. Hierfür steht in der Geschichte der BRD nicht zuletzt die Politik der RAF.

Keine konstruierten Hirngespinste der BAW

Auch wenn wir dem Verfahren gegen Ursel keine strategische Bedeutung für die Staatsschutzbehörden beimessen, wäre es dennoch falsch, diese Kriminalisierung als „Überreaktion" oder „konstruierte Hirngespinste" der BAW zu bewerten. Mit ihrer Anklage zielt die BAW direkt gegen die Suche nach Möglichkeiten revolutionärer Veränderungen, gegen die Kommunikation mit den Illegalen, gegen die politische Auseinandersetzung mit den Gefangenen aus der RAF; damit verbunden zielt sie gegen die minimalsten Ansätze von Organisierung und den Willen zur Strategiebildung revolutionärer Politik beizutragen.

Durch die diversen Akten und Schriftstücke der Ermittlungsbehörden zieht sich von Anfang bis Ende ein roter Faden, der politische Vorstellungen und Notwendigkeiten als kriminell bewertet, die für uns zur Rekonstruktion radikaler und revolutionärer Politik dazugehören: Versuche, ja bereits die Artikulation der Absicht, die Zersplitterung linker und revolutionärer Kräfte aufzuheben und Grundlagen für die Erarbeitung längerfristiger politischer Vorstellungen zur Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu erkämpfen. Die Entwicklung einer bewußt vom Antagonismus ausgehenden Politik. Die Eroberung selbstbestimmter Diskussions- und Kommunikationsstrukturen, die sich notwendigerweise der Kontrolle des Staates entziehen.

Aus der Anklageschrift ist der deutliche Wille der BAW erkennbar, Ursel zu verurteilen und sich weiterhin die juristische Option zu sichern, über den §129a in Zusammenhang mit der RAF revolutionäre Politik zu kriminalisieren.

Präventive Konterrevolution

Innerhalb der letzten Jahre haben sich die sozialen und politischen Verhältnisse nicht nur in Europa gewaltig verändert. Heute müssen wir davon ausgehen, daß noch für längere Zeit global betrachtet die Konterrevolution einen strategischen Sieg errungen hat. Die imperialistische Bourgoisie ist in der Offensive, während diejenigen Kräfte, die um Befreiung/um Kommunismus kämpfen, sich in der Defensive befinden.

Entsprechend der jeweiligen Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen hier wie international ist die Konterrevolution in den Metropolen präventiv darauf aus, Ansätze zur Organisierung radikaler und revolutionärer Politik zu zerschlagen.

So zielt das Ermittlungsverfahren nach §129 (Bildung einer kriminellen Vereinigung) gegen 17 Personen, denen Mitgliedschaft in der Autonomen Antifa (M) vorgeworfen wird, gegen den Aufbau antifaschistischer-antikapitalistischer Organisierung und ihre gesellschaftliche Verankerung. Der Prozeß gegen sie soll im Frühjahr 1996 vor dem Landesgericht Lüneburg beginnen. Gleichzeitig sollen damit neue juristische Handhabungen durchgesetzt werden, die der Kriminalisierung antifaschistischer Organisierungen in der Zukunft dienen können.

Ein weiteres Beispiel ist das Verfahren im Zusammenhang mit der Zeitschrift „radikal" nach § 129 und §129a und die Verhaftung von vier angeblichen Mitgliedern der Redaktion. Hiermit soll ein Projekt zerschlagen werden, das sich über Jahre hinweg gegen alle Kriminalisierungsversuche durchzusetzen vermochte, ohne von seiner Zielsetzung der Verbreitung und kritischen Auseinandersetzung mit Texten von Militanten und Guerillagruppen abzurücken. Zeitgleich fanden in diesem Zusammenhang zahlreiche Hausdurchsuchungen und ZeugInnenvorladungen wegen Ermittlungsverfahren gegen die Antiimperialistische Zelle (AIZ) und die inzwischen aufgelöste Gruppe K.O.M.I.T.E.E. statt.

Diese staatliche Repression findet ihre Entsprechung in allen gesellschaftlichen Bereichen; in der Verpolizeilichung des Alltags, in massiver, gesetzlich legitimierter und von breiten Teilen der Bevölkerung getragener Ausgrenzung sogenannter sozialer Randgruppen, schwarze Sheriffs in Konsummeilen und Bahnhöfen, institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen Sozialarbeitern und Pädagogen mit der Polizei.

Präventive Konterrevolution, die an den Orten, an denen gesellschaftliche Widersprüche aufbrechen bzw. aufbrechen könnten, eine Situation umfassender und scheinbar unausweichlicher Präsenz sozialer Kontrolle und Unterwerfung herstellt.

Was an Taten und Handlungen zur rechten Stunde fehlt, kann nachträglich nicht ersetzt werden (Rosa Luxemburg)

Die aktuell anhaltende politische Defensive der Linken und die Zersetzung der radikalen und revolutionären Linken aus dem politischen Kontext der letzten 20 Jahre ist eine Ausgangsbedingung des Verfahrens. Das bedeutet auch, daß der Prozeß gegen unsere Genossin mit der Zersetzung der revolutionären Linken verknüpft ist. Zu dem Hintergrund des Verfahrens und zu dessen politischer Einordnung gehört die Staatsschutzoperation in Bad Kleinen im Sommer 1993, in deren Folge die RAF-Mitglieder Wolfgang Grams erschossen und Birgit Hogefeld verhaftet wurde. Der Prozeß gegen Birgit Hogefeld läuft seit längerem vor dem Oberlandesgericht in Frankfurt, und im Dezember steht Bad Kleinen auf der Tagesordnung.

Ermöglicht wurde die Staatsschutzoperation durch den VS-Agenten Steinmetz, der sich viele Jahre in der linksradikalen Szene bewegte, bis hin zum Kontakt zur RAF. Seine „Hinterlassenschaften" nutzen die Staatsschutzbehörden seit über zwei Jahren zu Hausdurchsuchungen, Vorladungen und Ermittlungsverfahren. Alleine gegen die BewohnerInnen der Fritzlarer Straße in Frankfurt wurden drei Hausdurchsuchungen durchgeführt, sowie mehrere Vorladungen zur „Zeugen"-Vernehmung vor die BAW versucht zu erzwingen.

Auch Ursel kannte den VS-Agenten und hatte vier Jahre Kontakt zu ihm. Auch darin hat der Prozeß einen Zusammenhang mit Bad Kleinen und dem VS-Agenten. Er basiert allerdings laut Aktenlage und Anklageschrift nicht auf Aussagen von Steinmetz. Siehe hierzu unsere Broschüre „Like a rolling stone".

In Bad Kleinen hat sich die politische Niederlage der radikalen und revolutionären Linken manifestiert. Das politische Debakel der revolutionären Linken wurde scharf im politischen (Nicht-)Umgang mit Bad Kleinen, dem Mord an Wolfgang Grams und dem VS-Agenten Steinmetz. Dies und das reaktionäre Klima in diesem Land haben es den herrschenden Eliten leicht gemacht, die Staatskrise um Bad Kleinen zuzuschmieren und sie konnten ohne politischen Legitimationsverlust zur Tagesordnung übergehen.

Das was über zwei Jahre und bis heute so gut wie nicht gelaufen ist, obwohl es existenziell ist für den Aufbau einer revolutionären linken Kraft, kann und wird nicht an der staatlichen Kriminalisierung laufen. Insofern finden wir es notwendig, von der politischen Begrenztheit der Prozeßmobilisierung und Prozeßführung auszugehen.

Standortbestimmung

Unsere politische Gegnerschaft zum kapitalistischen, bürgerlichen System hört vor Gericht nicht auf. Staatsschutzprozesse stellen lediglich ein anderes Terrain der politischen Auseinandersetzung zwischen fundamentaler Opposition und Staat dar. Deshalb werden wir im kommenden Prozeß und in der Mobilisierung gegen ihn unsere politischen Positionen und Vorstellungen gegen diesen Versuch von Entpolitisierung und Kriminalisierung durch die Staatsschutzjustiz entwickeln.

Eine Mobilisierung gegen diesen Staatsschutzprozeß stellen wir uns entlang folgender politischer Linien vor:

Die Staatsschutzjustiz als Klassenjustiz in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung stellen

Gerade in einer Zeit der politischen Defensive der radikalen und revolutionären Linken, die geprägt ist von Abwehrkämpfen auf unserer Seite, und weil mittlerweile die Mystifikationen von geordneter Rechtsstaatlichkeit selbst in linken Vorgärten blühen, ist es uns wichtig, in der Mobilisierung gegen den Prozeß einen politischen Begriff über Wesen und Inhalt der Staatsschutzjustiz zu entwickeln. Hier reißen wir das nur grob an.

Mit ihrer Hauptaufgabe, politische Gegner des Staates zu verurteilen, ist die Staatsschutzjustiz unmittelbarer Ausdruck der Konterrevolution, und entsprechend die ausgeprägteste, bewußteste Form der Klassenjustiz.

„Die Gefahr für das Ganze geht von den organisierten Menschen aus" - so in der Begründung des Entwurfs für ein politisches Strafrecht 1950.

Die Staatsschutzsenate, die innerhalb der Justiz Sondergerichte darstellen, werden seither gegen - nicht nur revolutionären - Widerstand eingesetzt. „Terrorismus", „Unterstützung", „Werbung", „Kriminelle Vereinigung"... - bilden ihr begriffliches Gerüst für die Entpolitisierung antagonistischer Kämpfe. Widerstand wird zur kriminellen Handlung.

„Unabhängigkeit der Justiz" - „faire Verfahren" - „Gewaltenteilung", das alles gehört zum schönen Schein bürgerlicher Justiz, der nur ideologisch verschleiert, was sie ihrem Wesen nach ist: Klassenjustiz. Sie ist ein Instrument zur Sicherung des staatlichen Gewaltmonopols, und die die kapitalistische Gesellschaft bestimmenden Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse werden noch in jedem Gesetz und mit jedem Gerichtsurteil reproduziert und festgeschrieben.

In den Praktiken der Klassenjustiz drücken sich unmittelbar die innergesellschaftlichen und internationalen Kräfteverhältnisse aus. Was heute als bürgerliches Recht und Gesetz durchgesetzt wird, wie z.B. das Verbot der Kurdischen Arbeiterpartei PKK, oder die rassistischen Ausländergesetze, kann morgen durch den politischen Kampf und organisierten Widerstand zurückgedrängt werden:

Die Linke muß eine Kraft werden, die in der Lage ist,
die Staatsschutzangriffe gemeinsam zurückzuschlagen.

Selbstverständlich versucht der Staat alle Schritte seiner politischen Gegner zu sabotieren, zu denunzieren, zu verhindern. Davon muß fundamentale linke Opposition ausgehen, um ihre Ziele dagegen durchsetzen zu können. Darüberhinaus braucht es politisch konkrete Solidarität. Politische Gruppen oder Zusammenhänge können alleine weder ihre Ziele durchsetzen, noch sich gegen die Repression behaupten.

Es ist uns als politische Schwäche bewußt, daß diese Linie sehr stark an der weißen bundesdeutschen Linken orientiert ist. Perspektivisch braucht es eine Erweiterung, die die unterschiedlichen Kämpfe und Widerstände gegen Klassenjustiz, Polizeiterror, Gefängnisse und soziale Kontrolle politisch integriert. Eine Entwicklung von Zusammen Kämpfen mit den politischen Gefangenen, mit den Kurden und Kurdinnen, mit Migranten und Migrantinnen, mit rebellischen Jugendlichen... gegen die reaktionären staatlichen Angriffe.

1. Dezember 1995

VIERTER DEZ.
(GEORG v. RAUCH)

REICHSSTR. - EIN PORSCHE

BADENSCHE STR. - EIN CHEVROLET

M.-LUTHER-STR. - EIN PORSCHE

HESSENALLEE - EIN JAGUAR

ABGEFACKELT

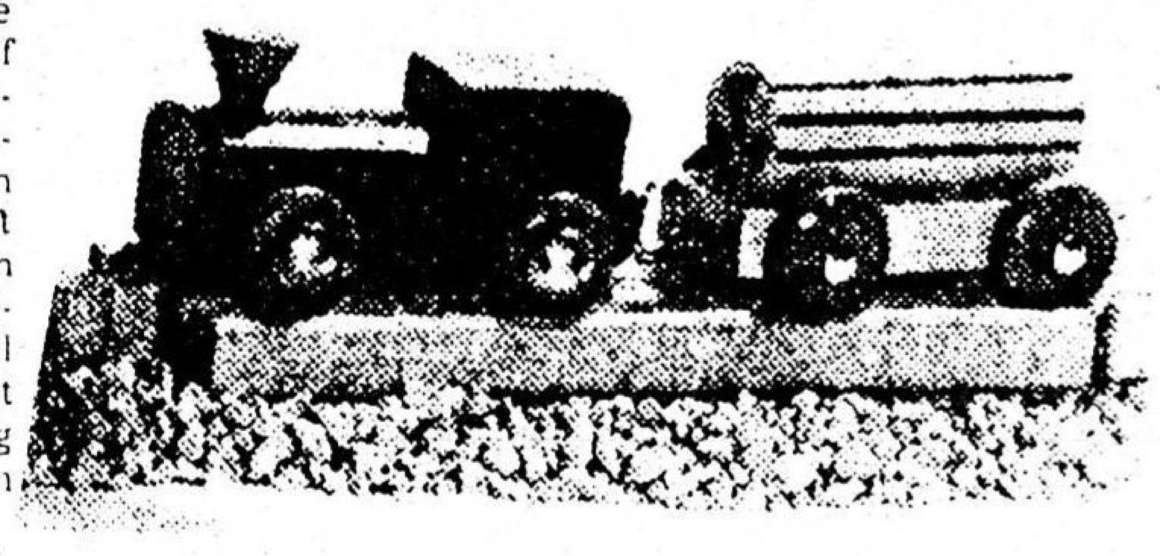
KGK

Die Bahn AG will in Einzelfällen Castor-Transporte verweigern

Weihnachten wird ausrangiert!

dpa **Hamburg.** Die Anschläge militanter Atomgegner auf Bahnstrecken in Norddeutschland werden nach Befürchtungen von Sicherheitsexperten noch zunehmen. Die Bahn prüft jetzt, ob sie in Einzelfällen Transporte von Castor-Behältern verweigern kann. Sie will sich Schäden beim Transport von radioaktivem Abfall künftig von den Auftraggebern bezahlen lassen.

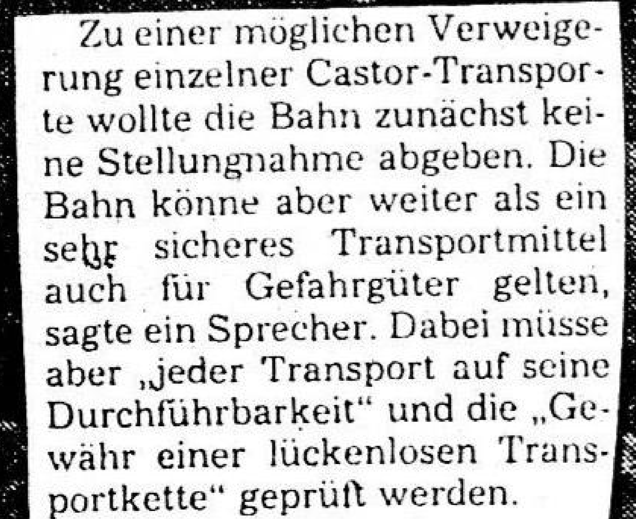
Seit einem Jahr haben militante Atomgegner mehrfach Wurfanker oder Hakenkrallen in Oberleitungen der Bahn geworfen, Betonplatten oder Eisenträger auf die Schienen gelegt und



am Dienstag vergangener Woche auch Signalanlagen beschädigt. Damit habe der Widerstand eine neue gefährliche Dimension erreicht, sagte der Sprecher des Bundesgrenzschutzes (BGS), Joachim Haack,



der „Welt am Sonntag". Nach eigenen Angaben sind der Bahn durch die Anschläge bereits Schäden in Höhe von zwei bis drei Millionen Mark entstanden. Die Bahn führe derzeit Verhandlungen mit dem Bundesverkehrsministerium über eine sogenannte Haftungsfreistellung, zitiert „WamS" den Sprecher des Bundesumweltministeriums, Siegfried Breier. Danach müßte der Auftraggeber für die Schäden haften.



Zu einer möglichen Verweigerung einzelner Castor-Transporte wollte die Bahn zunächst keine Stellungnahme abgeben. Die Bahn könne aber weiter als ein sehr sicheres Transportmittel auch für Gefahrgüter gelten, sagte ein Sprecher. Dabei müsse aber „jeder Transport auf seine Durchführbarkeit" und die „Gewähr einer lückenlosen Transportkette" geprüft werden.

Deshalb Ihre Spende:
Prozeßkostenkonto C. Schrader, Volksbank Clenze,
Konto Nr. 2 758 400 (BLZ 258 619 90)

Die Unbeugsamen

Angela Bohne *Harald Müller*



Solche aus Eisen gebogenen Wurfanker benutzen militante Atomkraftgegner, um den Bahnverkehr lahmzulegen. Die Wurfanker reißen im Regelfall die Oberleitung herunter.
Foto dpa

Hein Grosskopf wurde 1963 in Bloemfontein als Sohn einer angesehenen weißen Verlegerfamilie geboren und wuchs als jüngstes von vier Kindern in Johannesburg auf. Sein für seine gesellschaftliche Stellung unkonventioneller Werdegang begann damit, daß er sein Studium abgebrochen hat, um eine Ausbildung zum Krankenpfleger zu machen.

1985 schloß er sich dem ANC an, nachdem Innenminister Louis le Grange lapidar dem Parlament erklärt hatte, daß in den ersten drei Monaten des 1985er Außnahmezustandes tagtäglich drei Menschen erschossen und weitere sechs ohne Anklage oder Prozeß inhaftiert worden seien, ging in den Untergrund, und ließ sich in Simbabwe und Angola militärisch ausbilden.

1986 mußte Grosskopf das Land verlassen, da er vom Botha-Regime im Zusammenhang mit einem Bombenanschlag auf eine Militärkaserne steckbrieflich gesucht wurde. Heute lebt er im Exil in Großbritannien, und leitete dort das Repatriierungs-Komitee des ANC. Nach dem Ende des Apartheidstaates entschied er sich zunächst in England zu bleiben, um dort zu studieren.

Hein Grosskopf

Im Auftrag der Freiheit

Roman

ISBN 3-928300-29-6, UNRAST-Verlag, Münster 1995
196 Seiten, 4-farb. engl. Broschur, 29,80 DM

Im Auftrag der Freiheit erzählt die Geschichte des Kleinkriminellen Ben Benadie in Südafrika Anfang der 80er Jahre. Das Land ist zerrissen vom rassistischen Terror und die Schwarze Widerstandsbewegung - allen voran der ANC - führt nach dem Massaker von Soweto auch einen bewaffneten Kampf gegen den Apartheidstaat.

Der weiße Bergarbeitersohn Ben Benadie verbringt einen Großteil seiner Kindheit bei einer schwarzen Familie am Stadtrand von Johannesburg. Mit Einbruchdiebstählen - von ihm kurz ED's genannt - schlägt er sich durch. Sein Traum ist es, das kaputte Land einmal mit viel Geld in der Tasche verlassen zu können. Doch gelangt er durch seine schwarze Freundin Julia in Kontakt mit dem ANC und später mit Umkontho we Sizwe, dem militärischen Flügel des ANC. Zunächst wegen seines kriminellen Talents für kleinere Geldbeschaffungsaufträge angeheuert, wächst Ben nach seiner militärischen Ausbildung in Angola zu einem Untergrundkämpfer *"Im Auftrag der Freiheit"* heran. Nicht ohne Widersprüche führt er seine gefährlichen Aufträge für die Organisation durch.

Ohne festen Wohnsitz, ständig auf der Flucht und mit verschiedenen Identitäten in der Tasche, beginnt Ben aber auch der Organisation Fragen zu stellen. Doch hat sich längst ein "Maulwurf" einschleusen können, der für Ben sehr gefährlich werden könnte ...

"Ich denke es gibt ein echtes Bedürfnis nach linker Unterhaltungsliteratur"

ein Interview mit Hein Grosskopf, Autor von *Im Auftrag der Freiheit*

Rechtzeitig zur Frankfurter Buchmesse vor einem Monat, erschien im Unrast-Verlag die deutsche Übersetzung von Hein Grosskopfs Romandebüt "Im Auftrag der Freiheit" (Artistic Graves). Der Roman ist plaziert im militärischen Kampf des ANC und Umkhonto we Sizwe (MK) gegen das Apartheid-Regime in Südafrika Mitte der 80er Jahre. Der Autor, Hein Grosskopf, weiß wovon er spricht. Selbst als einer der wenigen Weißen im Untergrund des ANC aktiv beteiligt, war er selbst der zweitmeist gesuchte MK-Kader Ende der 80er Jahre. Heute lebt er in England, wo er Sozialarbeit studiert. Trotz der Wandlung in Südafrika sieht er zur Zeit keinen Weg dorthin zurückzukehren, ohne sein Leben massiv zu gefährden.
Vom 15.11. bis 22.11.95 reiste Grosskopf eine Woche durch Deutschland, um seinen Roman vorzustellen und zu diskutieren. Hierbei entstand das folgende kurze Interview.

Hein, Du bist nach Deutschland gekommen, um Deinen gerade übersetzten Roman "Im Auftrag der Freiheit", der sehr viele Deiner Erfahrungen im Kampf gegen den Arpartheidstaat widerspiegelt, den LeserInnen vorzustellen. Warum hast Du dich entschieden dieses Buch - einen Roman - zu schreiben, und nicht etwa ein politisches Sachbuch über den militanten Kampf gegen das Apartheid-Regime ?

Zunächst einmal lege ich Wert darauf zu betonen, daß das Buch vorrangig ein Roman ist - ein Th-
riller - aber keine frei erfundene Geschichte. Viele der Charaktere haben reale Gesichter in meiner
Erinnerung, aber ich bin keiner von ihnen. Obwohl es Fiktion ist, habe ich versucht ehrlich zu blei-
ben, soweit es die politischen und taktischen Prinzipien des Kampfes gegen Apartheid angeht. Es ist
aber kein politisches Handbuch für den bewaffneten Aufstand.
Ich sage das, weil das Buch ein Thriller ist, der den Kampf um Befreiung als hauptsächlich militäri-
schen Kampf darstellt - und das war er nicht. Er war auch nicht so blutrünstig. Das hat genau damit
zu tun, daß ich den Eigenschaften des Genres gerecht werden wollte. Ich habe dieses Genre ausge-
sucht, um die Art, wie Thriller zur Zeit geschrieben und gelesen werden zu durchbrechen, denn die
meisten Thriller transportieren rechtes Gedankengut, manche rechtsextremes, faschistisches. Ich
möchte, daß die Leute mein Buch zur Unterhaltung lesen und sie werden hoffentlich einiges von
den politischen Zusammenhängen dahinter entdecken, so wie es leider mit rechter Unterhaltungsli-
teratur permanent geschieht.

Ich denke es gibt ein echtes Bedürfnis nach linker Unterhaltungsliteratur. Literatur, die zunächst
Unterhaltung ist und dabei links. Andernfalls würde ich nur zu den schon "Bekehrten" predigen, ich
würde nur von Linken gelesen - mit anderen Worten ideologische und intellektuelle Selbstbefrie-
digung. Ich will, daß Leute, die normalerweise keine linken Bücher lesen, mein Buch lesen und
hoffentlich auch darüber nachdenken, was ich damit zu sagen habe.
Auch wenn Ben Benadie, die Hauptfigur des Romans, der einzige "gute" Weiße in dem Buch ist,
möchte ich betonen, daß ich einige großartige "weiße" Genossen in meinem Exil getroffen habe -
einige in militärischen, andere in zivilen Strukturen.

Du sprichst von Exil: 1986 hast Du Dein Land verlassen, um es zu bekämpfen, und später - 1991 - hast Du Dich entschlossen nach Großbritannien ins Exil zu gehen. Wie kam es dazu ?

Es war 1985, als das südafrikanische Regime den nationalen Ausnahmezustand erklärt hat, durch
den das Militär Polizeigewalt erhielt, um den an allen Ecken und Enden ausbrechenden Aufstand
brutal zu unterdrücken. Wenige Monate später entschied das südafrikanische "Appeal Court" - das
höchste Gericht -, daß Armeeangehörige für die Tötung von unbeteiligten Zivilisten nicht zur Re-
chenschaft gezogen werden können, wenn sie beteuerten "in Treu und Glauben den Staat zu vertei-
digen" geschossen zu haben. Das war faktisch ein Freibrief, auf Demonstranten zu schießen, und
sehr sehr viele wurden erschossen.
Irgendwann im Oktober 85, als der Justizminister Louis le Grange sich vor dem Parlament erklären
sollte, nachdem bereits hunderte erschossen waren und tausende ohne Anklage in den Knästen sa-

ßen, antwortete er lediglich: "Wir haben alles unter Kontrolle". Das war das Signal, das in mir den allerletzten Rest des "liberalen" Mythos zerstörte, daß das Apartheid-Regime eigentlich gute und ehrenhafte Absichten hätte und daß die Brutalität des Systems lediglich ein "Ausrutscher" sei. Ich begriff schließlich endgültig, daß diese ganze Struktur unmenschlich, krank und brutal war und daß sie von grundauf zerstört werden **mußte**.
Ich verließ S.A. schließlich 1986 und ging nach Swasiland, um mich dem ANC anzuschließen. Swasiland war **das** Land, das von offizieller Seite und von der Presse als **die** Hochburg des ANC-"Terrorismus" bezeichnet wurde. Über eine Woche war ich dort und konnte nicht einen "Terroristen" ausmachen, an den ich mich hätte wenden können, so ging ich schließlich "enttäuscht" nach Botswana und bat dort um politisches Asyl. Einen Monat später bekam ich diesen Status und machte mich wenig später auf den Weg nach Zambia um dort endgültig zum ANC zu stoßen.

Erzähl doch etwas über Deine Aufgaben, Deine Jobs, im Exil

Es waren zwei - als erstes natürlich meine Tätigkeit in Umkhonto we Sizwe (MK), dem bewaffneten Arm des ANC, und später 1990 und 91, meine Arbeit im Repartiierungskomittee in Zambia.
Im MK, in den ich direkt nach meiner Ankunft eintrat, erhielt ich zunächst eine militärische Ausbildung und danach war ich eingebunden in den Untergrundkampf innerhalb Südafrikas. Das war 1987. Bis 1989 war ich dann "nur" noch in der Kommandostruktur in Zambia aktiv.
Meine Arbeit im Repatriierungskomittee des ANC war relativ kurz, da unsere Arbeit 1991 von der UNHCR übernommen wurde und die UN von da an die Verantwortung dafür übernahm. In dieser kurzen Zeit erreichten wir die Rückkehr von 4 Flugzeugen mit Flüchtlingen - 3 aus Zambia und eines aus Tanzania - alles in allem so 500 Leute.

Was erwartet die Flüchtlinge bei ihrer Heimkehr in ein Land, das von einem solchen radikalen Umbruch bestimmt ist, wie aktuell in Südafrika ?

Für die meisten ist es einerseits eine wundervolle und glückliche, aber auch eine traumatische Zeit. Einige waren seit über 30 Jahren fort, haben zambische und tanzanische Freunde, Frauen und Kindern; und kehren in ein Land zurück, an das sie sich nicht wirklich erinnern können, weil es sich in der Zwischenzeit so stark verändert hat. Obwohl es Geld gab damit sie ihr Leben neu beginnen konnten, hatten die meisten von ihnen nur sehr wenig und einige fanden sich sehr bald in Armut wieder. Die meisten Leute, die nach Hause kamen akzeptierten das als den Preis, den es Wert war zu zahlen, denn nach allem hatten sie - hatten wir - das Land ja nicht verlassen, um reich zu werden, sondern um das Land zu befreien und um hier als freie Menschen leben zu können, in unserem eigenen Land, und tausende haben einen wesentlich höheren Preis dafür zahlen müssen.
Es gab einen Aufruf von Mandela und anderen Führern, der alle Südafrikaner - nicht nur ANC-Mitglieder - bat zurückzukehren, um das Land neu aufzubauen. Soweit ich weiß, sind auch die meisten Facharbeiter, die nicht dem ANC angehörten bis heute zurückgekehrt. Nun, dennoch, die Versuche der weißen faschistischen Extremisten, das neue SA zu destabilisieren, bringt erneut gerade Fachkräfte wieder dazu, darüber nachzudenken, ob sie nicht in Europa oder den USA ein besseres Leben haben könnten.

Da du es gerade ansprichst; wie stabil schätzt du die aktuelle politische Situation in SA ein ?

Oh, sie ist immer noch sehr zerbrechlich. Weiße Freunde erzählten mir, daß die meißten Weißen immer noch darüber überrascht sind, daß der ANC keinen Rachefeldzug für die 300jährige brutale Unterdrückung begonnen hat.
Wir haben viele Probleme: 40-50% Arbeitslosigkeit, eine hohe Kriminalitätsrate, eine sehr brutalisierte und zersplittert Gesellschaft, eine junge Generation mit nahezu keiner schulischen Ausbildung ... Ja, wir haben viele Probleme, aber wir haben auch einen sehr, sehr hohen Preis für die Freiheit bezahlt, so daß ich denke, es wird trotz der Probleme funktionieren. Die Leute haben wahnsinnig hohe Erwartungen. Das ist ein Schwierigkeit, aber auch ein Vorteil, weil diese Erwartungen solchen Druck auf die Politiker ausüben, daß sie ihre Versprechen auch einlösen werden.

Was ist mit Nelson Mandela, welche Rolle spielt er Deiner Meinung nach in der aktuellen Politik ?

Mandela, als Mann und als Institution, hat wesentlich dazu beigetragen, daß SA seine beste Chance seit 300 Jahren erhalten hat. Als er letztes Jahr das Gerichtsurteil über die Wiedereinsetzung von Winnie Mandela zur Kenntnis nahm und sie dann verfassungsmäßig entließ, setzte er ein Zeichen, daß auch der Präsident verfassungsrechtlich einwandfrei zu regieren hat - eine wirklich neue politische Praxis in SA.
Seine Prominenz ist teilweise sicherlich zufällig und durch ausländische Medien und Kampagnen gemacht, aber genau diese Prominenz macht es ihm möglich, für wirkliche Einigung und Allgemeininteressen zu stehen, wobei einige andere möglicherweise die Falschen gewesen wären.

Wie stark ist die Linke, wie stark sind die Gewerkschaften an diesen Prozessen beteiligt ?

Es gibt, und ich bin sicher es ist auch bis zu Euch gedrungen, einen immer schärferen Konflikt zwischen der Regierung, den Interessen der Geschäftswelt und den Gewerkschaften, da die Arbeiter jetzt auch die Früchte ihrer Befreiung ernten wollen. Die eigentliche ökonomische Macht ist ja weiterhin in den Händen einer Minderheit - in weißen Händen, und deshalb müssen die Gewerkschaften auch weiterkämpfen.
Es ist wichtig daran zu denken, daß der 27. April 1994 eine bürgerlich liberale Befreiung brachte. Der ANC hat nicht vorrangig einen sozialistischen Kampf geführt, aber dennoch war es sein erklärtes Ziel, Wohlstand für die schwarze Mehrheit zu schaffen. Die Gewerkschaftsbewegung ist im wesentlichen sehr linksorientiert und sozialistisch und das garantiert meiner Meinung nach eine gesunde Spannung gegenüber dem ANC und der Regierung..

.. und die extreme Rechte; wie stark schätzt Du sie momentan ein?

Auch wenn die AWB sehr viel an Unterstützung verloren hat, als sie 1994 versuchte - was letztlich scheiterte - das Bantustan Bophutatswana zu übernehmen, ist die extreme Rechte weiterhin aktiv und auch weiterhin eine Gefahr. Sie haben die meisten ihrer Zähne verloren, aber sie haben auch noch Zähne behalten, und die Macht Blut zu vergießen. Die stärkste Kraft gegen sie ist - wie ich glaube - die Tatsache, daß die meisten Menschen - schwarze wie weiße - müde sind von diesem Krieg und müde von dem Haß und der Angst. Sie wollen endlich ihr Leben leben. Es hätte gut und gerne einige Zeit eher geschehen können, daß ihnen dies zugestanden wird.

Welche Unterstützung hatte der ANC vor der Befreiung und welche Möglichkeiten siehst du für heutige Solidaritätsbewegung im Westen, im besonderen in Deutschland ?

Es waren vor allem die Staaten des ehemaligen Ost-Blocks, die uns unterstützten - und was Deutschland angeht, so war es die DDR die unseren Freiheitskampf großartig unterstützte. Aber auch den skandinavischen Staaten Finnland und Schweden haben wir viel zu verdanken. Nicht nur die Unterstützung durch militärisches Training, sondern was jetzt viel wichtiger für uns ist, wichtiger zur politischen Unterstützung, ist die Tatsache, daß beispw. in der DDR unsere besten Ärtzte ausgebildet wurden und wirklich gute Wissenschaftler, und daß wir humanitäre Hilfe erhielten und Unterstützung in unserem kulturellen Kampf gegen die Ideologie der Apartheid und gegen den Faschismus.
Als eine der wichtigsten Aufgaben heutiger Solidaritätsbewegung im Westen sehe ich die Ausübung von Druck auf das internationale Kapital, um eine gerechte Welt zu schaffen - um zu verhindern, daß die "3.Welt" das Arbeiter-Ghetto der "entwickelten" Welt wird.
Und ich sehe es als die wichtigste Aufgabe jeder Solidaritätsbewegung an, den Faschismus und den Rassimus überall in der Welt zu bekämpfen.

Das klingt nach einem machtvollen Schlußwort. Ich danke Dir, Hein, für dieses Gespräch.

Dieses Interview wurde geführt von Jörn Essig, 17.11.95

! GENDER–SEX !

Als Vorwort:

Fogendes versteht sich in Anschluß an den in einer der letzten Interim (Nr. ??) erschienen Text "Feminismus und Postmoderne" von Christina Thürmer-Rohr. Allerdings bezieht sich das Geschriebene nicht unmittelbar darauf. Es handelt sich vielmehr um ein Referat, das im Rahmen eines Seminares zum Geschlechtermißverhältnis in Nürnberg gehalten wurde.

Thürmer-Rohr stellt das »Problem der *Differenz*« als »Schlüsselbegriff der Postmoderne« ins Zentrum ihres Aufsatzes. Bei aller grundsätzlichen Übereinstimmung mit der Position von Thürmer-Rohr, denken wir, daß genau in der postulierten Differenz auch der postmoderne Hund begraben liegt. Es mutet schon merkwürdig an und mensch frägt sich, was geht hier eigentlich vor, wenn vor lauter Differenz das was sich *bürgerliche Warengesellschaft* nennt und durch und durch *patriarchal* ist, mit keinem Wort Erwähnung findet. Und das angesichts eines *Weltmarkts*, dessen Zugriff sich heute niemand mehr entziehen kann.

Hier transportiert der Differenz-Begriff, sowie die Theorie des (postmodernen) Konstruktivismus allgemein, das *Denkverbot*, das um Marktwirtschaft bzw. Kapitalismus und Demokratie verhängt ist. Und doch ist eine sicherlich zutiefst notwendige Dekonstruktion der Geschlechter bzw. des heterosexistischen Geschlechtermißverhältnisses ohne Demontage der patriarchalen Weltwarengesellschaft ein letzlich aussichtsloses Unterfangen.

"GESCHLECHT" - EIN AUSLAUFMODELL?!

Nichts schien bisher so selbstverständlich, wie die vermeintliche Tatsache, daß diese noch existierende Welt von *Frauen* und *Männern* bevölkert wird. Darüber was es bedeutet, "Frau" oder "Mann" zu sein, gehen die Ansichten in zunehmendem Maße weiter auseinander - zumindest was die ökonomischen (Macht-)Zentren der *Weltwarengesellschaft* betrifft. Die ehedem (angeblich) so klaren Grenzen zwischen "Männlichkeit" und "Weiblichkeit" sind in Bewegung geraten. Dabei geht es nicht mehr nur um die sogenannten "weiblichen" und "männlichen" Eigenschaften. Es findet heute ein Verwischen der Körpergrenzen statt, das den gesellschaftlichen Hintergrund dafür liefert, daß die *"geschlechtlichen" Körper*, diese scheinbar letzten Bastionen der Biologie, zur Disposition gestellt werden (können).

Der Sinn oder Unsinn einer *Aufhebung der (hetero-)sexuell definierten bzw. konstruierten Kategorien "Frau" bzw. "Mann"* steht seit einiger Zeit im Zentrum der feministischen Thoriedebatte. Eine Schlüsselstellung nimmt dabei Judith Butlers Buch »Das Unbehagen der Geschlechter« (1991) ein. Butlers Ausgangspunkt ist eine Kritik der begrifflichen Unterscheidung zwischen einem biologisch-anatomischen Geschlecht (*sex*) und einer sozial-gesellschaftlichen Geschlechtsidentität (*gender*):

Mit der Differenzierung in *sex* und *gender* war es feministischer Theoriebildung scheinbar gelungen, die behauptete "Natürlichkeit" der heterosexuellen Normgeschlechter "Frau" und "Mann" zurückzuweisen. Diese seien eben keine bloßen "biologischen Gegebenheiten", sondern soziale Konstruktionen (als *gender*), erlernt durch Erziehung bzw. im erweiterten Sinne ange-eignet in und durch tagtägliche und lebenslängliche »geschlechtstypische Sozialisation« (Bilden 1991, S.279f) in einer patriarchalen Gesellschaft. In der daraufhin einsetzenden *gender*-Forschung ging es darum, diese Herstellung von "Frau" und "Mann" genauer zu durchleuchten. Der Begriff des *sex* blieb dabei weitgehend im Dunkeln, wurde ausgeklammert, blieb unbestimmt.

An dieser Unbestimmtheit oder vielmehr Unbestimmbarkeit von *sex* setzt Butler an. Sie stellt, ausgehend vor allem von konstruktivistischen (und ethnomethodologisch orientierten) Ansätzen, die Unterscheidung in *sex* und *gender*, und insbesondere damit den Begriff des *sex*, als quasi "biologischen Rest", ins Zentrum der (feministischen) Kritik. In Anschluß an Michel Foucault, einem französischen Philosophen, geht sie von der *prinzipiellen* Konstruiertheit von Sexualität und Geschlecht aus:

»Butler zielt darauf, die sex/gender-Unterscheidung in gender aufzulösen: "sex" selber sieht sie als gender-Konstrukt, hervorgebracht durch Diskurse. Auch die Körperlichkeit ist ihr demnach nichts, was Männer und Frauen materiell unterscheidet, sondern die "Fiktion" materieller Substanzen komme erst durch den bedeutungskonstituierenden, diskursiv gesteuerten und steuernden Blick in die Welt.« (Landweer/Rumpf 1993, S.4)

"Geschlecht" an sich existiert demnach nicht einfach per se, sondern erhält erst dadurch Bedeutung, wird überhaupt erst wahrnehmbar, quasi *erfunden*, durch eine spezifisch gerichtete gesellschaftliche Betrachtungsweise. Es kann folglich nicht mehr darum gehen, »"gender" als von "sex" unabhängig zu argumentieren, sondern umgekehrt die Konstruktion von "sex" als einer Tiefenstruktur von "gender" aufzuzeigen.« (Hirschauer 1993, S.56) Die (Bildung der) Kategorie *sex* läßt sich so als Teil des sexistischen Geschlechterverhältnisses erkennen. Sie ist nichts vorgesellschaftliches, "natürliches". "Natur" kann immer nur aus einem gesellschaftlich bestimmten Blickwinkel betrachtet werden, einen anderen "menschlichen" Blick gibt es nicht. Die Auffassung von "Natur", also hier von *sex*, ist immer schon kulturelle, menschliche Konstruktion.

Unter dieser Voraussetzung kann und sollte *antisexistische Politik* darauf zielen, *sex* aufzulösen, zu *dekonstruieren*, und das kann wiederum nur heißen "Frau" und "Mann" aufzulösen.

Die vor allem im angelsächsischen Sprachraum geführte Diskussion um die Auflösung von *sex* war von der deutschen Frauenforschung bis vor einigen Jahren noch weitgehend übergangen worden (vgl. ebd., S.56); von einer breiteren Öffentlichkeit ganz zu schweigen. Das änderte sich mit dem Erscheinen von Butlers »Das Unbehagen der Geschlechter«. Anscheinend traf ihr Versuch der *Dekonstruktion* von Geschlecht (*sex/gender*) ins Zentrum postmoderner Umwelt- und Selbstwahrnehmung.

Die bürgerlich-heterosexuellen Idealtypen "Mann" und "Frau" sind keine "natürlichen" Gegebenheiten, sondern sie müssen nach Butler in ständiger Wiederholung von den Einzelnen im alltäglichen Diskurs (im Fühlen, Denken, Sprechen, Handeln) hergestellt, *inszeniert*, werden. In diesem diskursiven Akt der (Wieder-)Herstellung, der die Geschlechtsidentitäten als Effekt erst erzeugt, liege immer auch bereits deren *Scheitern*, da die Idealtypen nie erreichbar sind. Am ständigen Scheitern zeige sich auch die Konstruiertheit des Ganzen, doch bietet sich gerade deshalb hier eine Angriffsfläche für eine Überwindung der heterosexistischen Geschlechterordnung.

Die mit dem Begriff *"queer"* bezeichnete Politik einer praktischen Dekonstruktion von Geschlecht setzt dementsprechend an dieser Konstruiertheit an.

Queer heißt im Amerikanischen "seltsam, sonderbar, leicht verrückt bzw. daneben sein". Es hat zudem die Bedeutung von "jemanden irreführen, etwas verpfuschen", von "Falschgeld". Umgangssprachlich wird es als Schimpfwort für Homosexuelle verwendet (vgl. Hark 1993, S.103). *Queer* stellt sich, dem eigenen Selbstverständnis nach, gegen die herrschende Zwangshetero-sexualität, ja gegen jegliche Form sexueller Identität und ist als politische Bewegung damit logisch konsequent offen für *alle* "bisherigen" sexuellen Selbstdefinitionen, sei es nun Lesben und Schwule (die sicher den Hauptteil der *queer*-"Bewegung" ausmachen), oder Heteras bzw. Heteros.

Queer muß nach Butler am Wiederholungszwang der Inszenierung von Geschlechtlichkeit ansetzen, da es kein Außerhalb des Diskurses gibt, d.h. Sexualität und Geschlecht nicht einfach abgelegt werden können. Der einzige Weg der Subversion liege so in der Möglichkeit, »die Wiederholung zu verfehlen bzw. in einer De-Formation oder parodistischen Wiederholung, die den phantasmatischen Identitätseffekt als eine politisch schwache Konstruktion entlarvt.« (Butler 1991, S.207) Dies versucht *queer* in der *Praxis* durch überzogene »Travestie« (ebd., S.201), durch schräge »Geschlechter-Parodie (gender parody)« (ebd., S.203) zu erreichen. Es soll offensichtlich gemacht werden, daß hinter der Kopie/Travestie nicht ein Orginal zu finden sei, sondern nur wiederum eine Kopie bzw. die Konstruktion eines Ideals, dem alle nachjagen, ohne es je einholen zu können.

Queer wurde bzw. wird oft so verstanden, als handle es sich bei der Dekonstruktion von Geschlecht »um einen vergnüglichen Maskenball, worin wir alle nach Lust und Laune einmal Frau, einmal Mann

sein können.« (Hagemann-White 1993, S.69) Der Vorwurf »postmoderner Beliebigkeit« (ebd.) gegenüber einer solchen Sichtweise ist sicher angebracht. Andererseits jedoch ist mensch wiederum auch nicht auswegslos in sexueller Identität gefangen.

Indem der *"queere" (De-)Konstruktivismus* allerdings Geschlecht/Sexualität als abgelöste, gesonderte Struktur betrachtet, ohne die bürgerlich-patriarchale Gesellschaft in ihrem Gesamtzusammenhang in den Blick zu nehmen, gerät die (theoretische und praktische) Kritik unweigerlich zu kurz: Die Spaltung der Warengesellschaft in eine "männliche" Öffentlichkeit und eine "weibliche" Privatheit, d.h. die sexistische Geschlechterordnung als Bedingung der kapitalistischen Moderne, wird nicht erkannt. Weder reflektiert *queer* die *Weltwarengesellschaft* als grundsätzlich patriarchal, noch hat sie einen Begriff vom zunehmenden Zerbröseln dieser Struktur. So entgeht ihr sowohl der (welt-)gesellschaftliche Boden des Geschlechtermißverhältnisses als auch die eigene Bedingtheit, als Ausdruck der strukturellen Krise der Moderne (vgl. Kurz 1993 u. 1994). *Queer* kann sich selbst damit nur als beliebigen *Willensakt* verstehen, und muß genau das werden, wogegen es antritt - sexuelle Selbstdefinition (vgl. Hark 1993, S.104). Und wieder wird einer Identität hinterhergerannt - der "*queer*-Identität". Allerdings, und das ist sicher positiv zu vermerken, stiftet diese, im Gegensatz zu den vermeintlichen Orginalen, doch einiges mehr an Verwirrung.

Die sexuellen Identitäten "Mann" und "Frau" sind, bei aller Widersprüchlichkeit, funktional für die bürgerliche Gesellschaft. *Queer* nähert sich der Grenze zum Dysfunktionalen, nimmt sich jedoch durch die eigene Beschränktheit die Möglichkeit diese Grenze zu überschreiten auf der Suche nach dem was dahinter liegen könnte.

Die Konstruktion und damit auch die Dekonstruktion von Geschlecht ist an erster Stelle eine Angelegenheit von *Machtbeziehungen*, die am und als eigener Leib zu spüren ist. Der gesellschaftliche Ort prägt das Spiel der Machtkämpfe.

Queer z.B. in der Form klassischer *Bühnentravestie* handelt im Rahmen einer spezifischen Show. Sie ist sicher nicht gänzlich wirkungslos, da sie die »prinzipielle Konstruierbarkeit von Geschlecht« (Sgier 1994, S.129) in Szene setzt, doch »stellt sie in der Regel die Zweigeschlechtlichkeit nicht in politisch wirksamer Weise in Frage.« (ebd.) Dem Publikum wird sich die Situation vor allem als Schauspiel, das außerhalb der eigenen täglichen Realität liegt, darbieten.

Anders dagegen im folgenden Beispiel:

> **»LONDON (AP) - Leggins und Damenblusen hat sich der Stadtrat des Londoner Vororts Hackney ja noch gefallen lassen, aber als der Sozialbeamte Paul Kara dann auch noch im Rock zur Arbeit erschien, wurde es seinen Vorgesetzten zu bunt.**
>
> Kara zog daraufhin vors Arbeitsgericht - und unterlag. Laut Urteil stellt ein Rockverbot für männliche Angestellte keine Diskriminierung dar. Kara hatte argumentiert, seine Kolleginnen kämen schließlich auch im Hosenanzug mit Schlips zum Dienst - in typisch männlichen Kleidungsstücken also. Das Gericht befand jedoch, daß diese Anzüge ausdrücklich für Frauen entworfen worden seien, während Kara Frauenkleidung trage, die niemals für Männer gedacht gewesen sei.
>
> Der Leiter des Sozialamtes von Hackney war zufrieden: "Bei aller Toleranz hatten wir den Eindruck, daß wir mit einem Angestellten im Rock in der Öffentlichkeit nicht gerade ein Bild großer Sachkompetenz abgeben."« (Nürnberger Nachrichten, 16.01.1995, S.16)

Der gesellschaftliche Kontext von Paul Kara ist ebenfalls ein *öffentlicher*, doch in einem ganz anderen Sinn. Ort ist das Sozialamt. Die Reaktion auf den Rock ist nicht Applaus für einen gelungenen Auftritt, sondern der Gang vor den Richter. Es entzieht sich unserer Kenntnis, ob Kara der drögen Männerkleidung einfach überdrüssig geworden war, daraufhin zu Rock und Bluse griff, oder ob er etwa gezielt jene Strukturen aufs Korn nehmen wollte, die da festlegen, wie Mann und Frau zu sein haben bzw. daß *Mann* "Mann" und "Frau" *Frau* zu sein hat. Die Antwort jedenfalls läßt nichts zu wünschen übrig. Da wird amtlicherseits mittels institutioneller Gewalt dafür gesorgt, daß nicht etwa freiwillig ein Mann

seine Hosen auszieht, auch oder gerade wenn er sich dessen vielleicht nicht bewußt sein mag. Denn wie gesagt, es geht schließlich um *Macht*. In dem speziellen Fall um Macht, die *männlicherseits* verspielt oder abgegeben wird. Wie sich das anfühlt, davon wissen etwa *Transsexuelle* (hier: von "Mann" zu "Frau") zu berichten:

> »Richtige Männer können überhaupt nicht nachvollziehen, daß man auf sein bestes Stück verzichtet. Ich mein das nicht nur wie bei dir im biologischen Sinne. Man gibt ja auch freiwillig eine privilegierte Stellung in der Gesellschaft auf. Gerade wir, die wir so lange als Männer gelebt haben, erfahren überdeutlich, daß eine Frau immer noch "nur" eine Frau ist. Viele junge Transsexuelle vergessen, daß sie nach der Operation ihre gesellschaftlichen Vorteile als Mann genauso verlieren wie ihren Penis.« (Marie Claire 9/1995, S.100)

Geschieht eine solches Abgeben von Macht jedoch im Wissen um die Struktur des Geschlechterverhältnisses kann es seinerseits auch Handlungsspielraum freisetzen - bei sich und bei anderen. Oder, um als Mann die Hosen abzulegen, bedarf es einer Verschiebung im Machtverhältnis, und zwar einer, die der kapitalistischen Warengesellschaft zuwider ist.

Worum es dabei *nicht* gehen kann, ist der Männlichkeit sogenannte "weibliche Anteile" hinzuzufügen. Das Gleiche gilt umgekehrt natürlich ebenso. Es wäre dies gleichbedeutend der Unmöglichkeit Öffentliches und Privates zu verschmelzen. Männlichkeit und Weiblichkeit, als die beiden Seiten ein und derselben Medaille (der bürgerlich-patriarchalen Gesellschaft) sind strikt konträre, dabei aber sich gegenseitig bedingende »historische Geschlechtskrankheiten« (Thürmer-Rohr 1987, S.120). Sie in einem (etwa androgynen) Wesen vereinen zu wollen, ist bei ihrer strukturellen Gegensätzlichkeit letzlich ein logisch unmögliches Unterfangen. Eine Lösung des Widerspruchs ist nur jenseits von Öffentlichkeit und Privatheit, jenseits von Männlichkeit und Weiblichkeit, möglich.

Queer zielt auf ein solches jenseits, auf die Auflösung von Geschlecht/Sexualität als gesellschaftlicher Kategorie. Wenn wir *queer* aber dazu benutzen wollen, tatsächlich die *Machtfrage* zu stellen, dann kann das nur in Verbindung mit einer radikalen Kritik der patriarchalen bürgerlichen Weltwarengesellschaft möglich werden, vor dem Hintergrund der Krise dieser Gesellschaft.

Bisher haben vor allem Frauen begonnen, den Platz ihres (sozialen) Geschlechts zu verlassen. Sie haben sich die Hosen genommen (vgl. Cardella 1990) und damit Bewegung in die ungleiche Machtbeziehung gebracht. Die *Ignoranz* hingegen bevorzugt weiterhin den Mann; insbesondere seinerseits liegt Handlungsbedarf vor. Aus diesem Grund spreche ich hier auch ausdrücklich die männliche Seite des Geschlechtermißverhältnisses an. *Mann* nehme sich ein Beispiel an Paul Kara.

Bewußtes und schließlich gelebtes (!) *queering* von "Männlichkeit" ist eigentlich nur logische Konsequenz davon, die sexuellen Zwangsidentitäten knacken zu wollen, sicherlich nur *eine*, aber eine notwendige, nicht die schlechteste und zudem eine Interessante. Vor allem für Männer, die sich hauptsächlich und mit Vorliebe mit dem Verfassen theoriebeladener Schriften und wortreicher Vorträge beschäftigen.

Auch wenn mir meine Sexualität tief in den "Körper" geschrieben ist, »als etwas, über das ich nicht beliebig verfüge« (Duden 1993, S.25), der Griff in den Kleiderschrank birgt erstaunliches, natürlich nur bei entsprechendem Inventar. *Kleidung* ist ja nicht etwa nur bloße Hülle, existiert nicht für sich. "Kleider machen Leute" - eine alte Weisheit, vielleicht ist sie gar nicht so dumm. Körpergefühl, Bewegung und Beweglichkeit, Laufen, die Art zu sitzen, Raum zu ergreifen oder nicht, Stimme, Gestik, Mimik, die Art des Schauens und Sehens, Farben, das alles steckt auch in der Kleidung. Schon deshalb ist es nicht ein einfacher Griff in den Schrank. Ein spezifisches *Sein* und die dementsprechende Kleidung, das funktioniert zudem nicht als Einbahnstraße, es bewegt (sich) in beide Richtungen. Nützlich, wenn mensch etwas bewegen will, bei sich und im gesellschaftlichen Bezug.

Der Anblick sich elegant bewegender, sanft sprechender und gerundeter Männerkörper in fließenden Kleidern ist selten genug. Ihre Anwesenheit auf Kindergeburtstagen und Gartenfesten wurde bisher kaum bemerkt. Oder mensch stelle sich mal einen Staatsminister vor der *queer* ist, doch dann wäre das Problem wohl bereits weitgehend gelöst, abgesehen davon, daß MinisterInnen dann hoffentlich der Vergangenheit angehörten. Zukunftsmusik noch.

Versteht mensch *queering* nicht als bloße Freizeitmaskerade und Subkulturmode sondern als Möglichkeit und vielleicht Notwendigkeit ein alles durchdringendes gesellschaftliches Machtverhältnis zu verändern, kann das nur als Zersetzen der Struktur von "weiblicher" Privatheit und "männlicher" Öffentlichkeit geschehen.

Womöglich oder eher wahrscheinlich macht ein "ver*queerer*" *Mann*, und "Mann" heißt erstmal heterosexuell, sich in den Augen vieler anderer (Männer, Frauen, Mädchen, Jungen) in seiner "Männlichkeit" lächerlich, doch dann mit dem Ziel diese "echte" Männlichkeit ihrer eigenen Lächerlichkeit preiszugeben. Die subversive Macht liegt auch im (gemeinsamen) *Lachen* über das bürgerlich-männliche Subjekt. Klar, daß das nicht reicht um diese patriarchale Weltwarengesellschaft samt ihrer dazugehörigen (zwangshetero-)sexuellen Identitäten zu überwinden, doch Lachen ist kein schlechter Anfang. Oder wie Michel Foucault es ausdrückte:

> »Denke nicht, daß man traurig sein muß, um militant sein zu können - auch dann nicht, wenn das, wogegen man kämpft, abscheulich ist!« (Foucault 1978, S.229)

Ohne Namen, doch: Für das Gute - gegen das Böse!!

Literatur:

Bilden, Helga: Geschlechtsspezifische Sozialisation. In: Hurrelmann/Ulich (Hrsg.): *Neues Handbuch der Sozialisationsforschung*. Weinheim 1991, S.279-301

Butler, Judith: *Das Unbehagen der Geschlechter*. Frankfurt/Main 1991

Butler, Judith: *Körper von Gewicht. Die diskursiven Grenzen des Geschlechts*. Berlin 1995

Cardella, Lara: *Ich wollte Hosen*. Frankfurt/Main 1990

Dormagen, Christel: Ein Teil im Kleiderschrank? In: *Konkret*. Heft 10. Hamburg 1994, S.56-58

Duden, Barbara: Die Frau ohne Unterleib: Zu Judith Butlers Entkörperung. Ein Zeitdokument. In: *Feministische Studien*. 11. Jahrgang. Heft 2. Weinheim 1993, S.24-33

Foucault, Michel: *Dispositive der Macht*. Berlin 1978

Hagemann-White, Carol: Die Konstrukteure des Geschlechts auf frischer Tat ertappen? In: *Feministische Studien*. 11. Jahrgang. Heft 2. Weinheim 1993, S.68-78

Hark, Sabine: Queer Interventionen. In: *Feministische Studien*. 11. Jahrgang. Heft 2. Weinheim 1993, S.103-109

Hirschauer, Stefan: Dekonstruktion und Rekonstruktion. Plädoyer für die Erforschung des Bekannten. In: *Feministische Studien*. 11. Jahrgang. Heft 2. Weinheim 1993, S.55-67

Kurz, Robert: Subjektlose Herrschaft. In: *Krisis 13*. Bad Honnef 1993, S.17-94

Kurz, Robert: *Der Kollaps der Modernisierung. Vom Zusammenbruch des Kasernensozialismus zur Krise der Weltökonomie*. Leipzig 1994

Landweer/Rumpf: Kritik der Kategorie >Geschlecht<. Streit um Begriffe, Streit um Orientierungen, Streit um Generationen? In: *Feministische Studien*. 11. Jahrgang. Heft 2. Weinheim 1993, S.3-9

Marie Claire: Als Frau verkaufe ich mich. Sie waren Männer - und leben heute als Frauen. Zwei Transsexuelle im Streitgespräch. *Marie Claire*. München 9/1995, S.99-104

Nürnberger Nachrichten: Brite nicht im Rock zum Dienst. In: *Nürnberger Nachrichten*. Nürnberg 16.01.1995, S.16

Sgier, Irena: *Aus eins mach zehn und zwei lass gehn. Zweigeschlechtlichkeit als kulturelle Konstruktion*. Bern - Zürich - Dortmund 1994

Thürmer-Rohr, Christina: *Vagabundinnen. Feministische Essays*. Berlin 1987

Pressemitteilung : 1.12.1995

CHRISTEL FRÖHLICH IN ROM IM KNAST
WIR FORDERN: KEINE AUSLIEFERUNG NACH FRANKREICH !

Am 28. Oktober 1995 wurde Christel Fröhlich-Padula in Rom von einer Spezialeinheit **widerrechtlich** verhaftet. Sie war mit besonderer Genehmigung des italienischen Innenministeriums nach Rom gereist, um dort ihren inhaftierten Ehemann Sandro Padula zu besuchen.
Nach ihrer Verhaftung ging ein internationaler Haftbefehl der französischen Behörden gegen sie ein. Begründung für den Haftbefehl ist ein Sprengstoffanschlag aus dem Jahr 1982 in Paris, Rue Marboeuf, der gegen eine arabische Wochenzeitung gerichtet war (zu diesem Anschlag hat nie eine Organisation die Verantwortung übernommen).
Frankreich will einen Antrag auf Auslieferung von Christel stellen.
Am 20. November 1995 reisten 3 französische Polizeibeamte nach Hannover. Begleitet von Beamten des Bundeskriminalamt (BKA), der hannoverschen politischen Polizei sowie einem hannoverschen Staatsanwalt traten sie in Aktion:

- sie brachen Christels Wohnung auf und durchsuchten sie etwa 5 Stunden. Sie nahmen einen PC, Landkarten und persönliche Aufzeichnungen mit. (Christels Wohnung wurde bereits am 10. Juni 1992 gründlich durchsucht. Das damalige Ermittlungsverfahren wurde 1993 eingestellt).
- auf Antrag der französischen Behörden wurden in Hannover 10 Personen als ZeugInnen geladen. Ziel war das persönliche Umfeld von Christel zu durchleuchten.

Der Staatsanwalt versicherte sich durch persönliche Telefonanrufe am Arbeitsplatz und Zuhause, daß die Geladenen auch erscheinen. Eine Frau teilte per FAX mit, daß sie krankgeschrieben, also arbeitsunfähig sei und nicht käme: Sie wurde mit Hilfe der Beamten des BKA, der hannoverschen Polizei und einer Amtsärztin zur Vernehmung geholt.
Nur drei ZeugInnenvernehmungen konnten bisher stattfinden, und zwar im Beisein der drei französischen Polizeibeamten, sowie von BKA und Beamten der Polizeidirektion Hannover.
Alle Einwände seitens der RechtsanwältInnen, daß es sich hier um eine staatsanwaltliche Vorladung handele, bei der im allgemeinen Polizeibeamte nicht anwesend seien, wischte der Staatsanwalt vom Tisch.
Der Staatsanwalt als Büttel der französischen Polizei.
Soweit Fragen bekannt wurden, bezogen sie sich auf die persönlichen Beziehungen der ZeugInnen in den 70er Jahren. Welchen Zusammenhang sie mit Christels Haftbefehl haben ist schleierhaft.
Augenscheinlich haben die Ermittlungen gegen Christel nicht zu Ergebnissen geführt, um hier in der BRD einen Prozeß gegen sie eröffnen zu können. Auch hätte Christel nach deutschem Recht nicht von hier nach Frankreich ausgeliefert werden dürfen.
Christels **widerrechtliche** Verhaftung wurde nur möglich durch die Zusammenarbeit von deutschen, französischen und italienischen Behörden.

Wir fordern:

- keine Auslieferung nach Frankreich

- Christels sofortige Freilassung

Solidaritätsgruppe zu Christel Fröhlich
c/o annabee Buchladen
Gerberstr. 6
30169 Hannover

Solidaritätskonto für Christel Fröhlich
Willms
Kto-Nr.: 32437196
BLZ: 250 50180
Stadtsparkasse Hannover

KÖLN DEMO

Bundesweite Kurdistan Solidaritäts-Demonstration

18.11.95 Köln - Eine Stadt im Ausnahmezustand

Über 100 Initiativen, Organisationen, Parteien (u.a. Kurdistan Solidaritätsgruppen, Aktion 3. Welt, PDS, Medico International) hatten für den 18.11. unter dem Motto " Für eine politische Lösung in Kurdistan " / " Sofortige Aufhebung des PKK-Verbots " zu einer bundesweiten Demonstration in Köln aufgerufen.
Obwohl durch die Anmeldung (Ulla Jelpke, PDS) im Vorfeld für die Behörden augenscheinlich klar sein mußte, daß sich diese Demonstration und politische Ausrichtung aus deutschen UnterstützerInnen des kurdischen Befreiungskampfes zusammensetzt, wurde diese durch Verfügung des Kölner Polizeipräsidiums am 10.11. verboten. Gegen die Verbotsverfügung wurde Beschwerde beim Kölner Verwaltungsgericht eingereicht, die am 15.11. abgelehnt wurde. Die darauf folgende Beschwerde ist dann am 17.11., also einen Tag vor der Demonstration, vom Oberverwaltungsgericht Münster verworfen worden. Damit war die Demonstration endgültig verboten.
Die Kölner-und Münsteraner Behörden hatten diese Demonstration untersagt und das Verbot damit begründet, daß der von deutschen Gruppen vorbereitete Protestumzug " PKK-gesteuert"sei. Es müsse mit dem Zeigen von Symbolen verbotener kurdischer Vereine und Organisationen gerechnet werden. Ferner sei der Demonstrationsaufruf von YEK-KOM (Förderation kurdischer Vereine in der Brd) unterstützt worden, der als Nebenorganisation der PKK in Deutschland tätig ist und somit bis an die 15.000 KurdInnen nach Köln mobilisieren könnte. Vor diesem Hintergrund sei die Sicherheit und Ordnung an einem verkaufsoffenen Samstag nicht zu gewährleisten. Tatsächlich war von den VeranstalterInnen der Demo mit YEK-KOM abgesprochen worden, daß sie nur lokal unter KurdInnen mobilisieren sollten.
Neben diesem abstrusen und haltlosen Konstrukt der Kölner Polizeiführung und den Verwaltungsgerichten fällt auf, welches Bild von KurdInnen, die sich gegen Kriminalisierung hier und die Vertreibung, Verfolgung und Vernichtung ihrer Landsleute in Kurdistan organisieren, nach außen vermittelt wird. KurdIn ist = PKK = TerroristIn = Straßenkampf und Chaos; die Intention ist klar, kein Podium für die Forderungen nach einer politischen Lösung in diesem Konflikt. Außerdem steht das Weihnachtsgeschäft vor der Tür und darf nicht gestört werden. Die himmlische Ruhe soll mit allen Mitteln, wie von den Bullen angedroht, durchgesetzt werden.

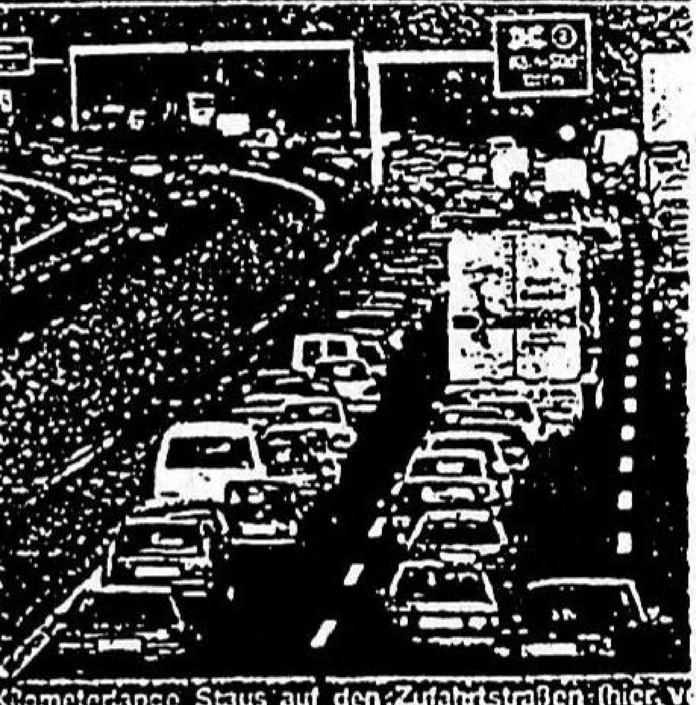
Doch Illusionen können trügerisch sein.

Trotz dieses massiven Eingriffs in das Demonstrationsrecht fand am 18.11.95 in Köln ein Versuch der Demonstration gegen das Verbot statt. An der inhaltlichen Thematik " PKK-Verbot/Politische Lösung " hatte sich nichts geändert. Von einer freien Meinungsäußerung konnte allerdings nicht die Rede sein.
Hier ein chronologischer Abriß der Ereignisse:

Wir treffen mit dem Zug in Köln ein. Nach dem Verlassen des Bahnsteigs treffen wir in den Katakomben des Bahnhofs auf zivil gekleidete Männer mit dem verdächtigen Knopf im Ohr, können aber noch ungehindert den Bahnhof verlassen. Draußen stehen einige Wannen. Uns erreicht die Information, daß der Treffpunkt anstatt Ebertplatz jetzt um 12Uhr die Domplatte ist. Wir lösen uns in Kleingruppen auf und mischen uns unter die PassantInnen in der Einkaufszone in der Nähe des Kölner Doms. Auch dort wimmelt es von Bullen jeglicher Coleur. Die Menschenjagd hat längst begonnen. Bald darauf wird ein Freund von uns festgenommen. Nach welchen Kriterien vorgegangen wird, ist nicht ersichtlich. Er kann sich entscheiden zwischen dem Zug oder einfahren. Da er das erste dem zweiten vorzieht, wird er einige Meter aus der Einkaufsstraße herausbegleitet, dorthin, wo noch mehr Staatsmacht ist. Plötzlich werden ihm die Arme auf den Rücken gedreht, die Hände gefesselt und er findet sich im Gefangenensammeltransporter wieder. Keine 7 Minuten sind seit Ankunft in Köln vergangen.
Völlig Unbeteiligte werden kontrolliert, vielen wird Platz- oder auch Stadtverbot erteilt. Die Einkaufsruhe ist empfindlich gestört. Menschen mit dunkeler Hautfarbe werden gefragt aus welchem Land sie kommen. Rassistische Kriterien bestimmen die Situation. Wir hören: " Türke oder Kurde ? " Ein Kurde verleugnet seine Herkunft nicht, schnell leistet er unserem Genossen Gesellschaft im Bus.
Um 12Uhr sammeln sich ca. 400 Leute vor dem Kölner Dom. Massive Bullenpräsenz. Transparente werden entrollt und wir laufen los. Und kommen ungefähr 50 Meter weit. Tränengas wird von einem Zivibullen mit Palituch in die Demonstration geschossen. Uns bleibt nur noch der Weg zurück auf die Domplatte, dann sind wir eingekesselt. 5 Minuten sind vergangen. Aus dem Lautsprecher der Wanne plärrt: " Sie haben an einer verbotenen Demonstration teilgenommen, die ist hiermit aufgelöst, alle werden vorläufig festgenommen und in Gewahrsam überstellt ". Um uns herum formiert sich ein zweiter Kessel, Kampfroboter der SEK-Einheiten stehen etwas abseits. Auch an der Einkaufsstraße werden Menschen daran gehindert in Richtung des Geschehens zu gehen. Die Öffentlichkeit ist nicht zugelassen. Die Stadt ist abgeriegelt. Mit dem sozialen Frieden ist es vorbei. Die Bullen verbreiten ein Klima aus Angst und Unsicherheit.

Ein bizzares Szenario umgibt uns. Wir werden von verschiedenen Seiten abgefilmt, u.a. ist ein Dokumentationswagen(grauer Ford Transit, Kennzeichen HER(NE)im Einsatz. Auch die Presse schießt Bilder für ihre Berichte, die entweder verdreht oder gar nicht erscheinen. Die vorher geöffneten Türen des Kölner Doms sind nun auch geschlossen, die Möglichkeit eines Fluchtpunkts istebenfalls blockiert. Trotzdem geht von den Eingekesselten viel Vitalität aus. Wir rufen " Weg mit dem PKK-Verbot ", " Hoch die Internationale Solidarität ", viele singen beim alten PartisanInnenlied " Bella Ciao " mit. Unsere Wut und Kraft gegen die bevorstehende Massenfestnahme. Gegen 15 Uhr ist es dann soweit. Die Bullen verkleinern den Radius des Kessels und spalten ihn dann unter brutalem Vorgehen in zwei kleinere Kessel auf. Schließlich zerren und prügeln sie die Leute heraus, manche werden zum Gefangenensammelbus geschleift. Offensichtlich ist kein Raum für Verhandlungen vorhanden, da die Bullen auf eine gewaltsame Option setzen. Nach und nach werden wir von der Domplatte abgeräumt, dann werden wir in die Polizeischule nach Köln-Brühl gebracht. Andere verschwinden im Kölner Polizeipräsidium. In Brühl angekommen werden wir aufgefordert unsere Personalien anzugeben, damit ein Laufzettel erstellt werden kann. In unserem Bus gibt es keinen Konsens darüber, wie mit der Forderung der Bullen umgegangen werden muß. Die meisten zeigen ihre Ausweise, einige nicht. Nach 90 minütiger Wartezeit werden die ersten namentlich heraus gerufen, die lückenlose Erfassung von 400 Gefangenen beginnt. In der Eingangshalle des Gebäudes wartet der Fotograf, um mit einer Sofort-Bild-Kamera von allen Fotos zu machen. Außerdem wird der Abdruck des Zeigefingers genommen und nochmals die Ausweise kontrolliert. Einige Frauen wollen sich dieser Behandlung nicht unterwerfen und werden einzeln unter körperlicher Gewaltanwendung aus dem Bus geholt. Mehrere Bullen fallen über sie her, um sie im Liegen zu fotografieren und Fingerabdrückezu nehmen. Ihre Schmerzensschreie werden mit zynischen Bemerkungen bedacht. " die schreit immer ah, ah, ah, nun könnte sie endlich mal b sagen ". Weiter geht es zur körperlichen Durchsuchung. Danach landen wir in der Sammelzelle, derer vier es gibt. Frauen werden von den Männern getrennt. Es dauert Stunden bis alle die polizeilichen Zwangsmaßnahmen hinter sich haben. Trotz dieser Provokationen ist die Stimmung unter uns nicht niedergeschlagen. Die festgenommenen Kurdinnen singen Widerstandslieder und tanzen gemeinsam mit deutschen Unterstützerinnen " Govend " (Rundtanz "). Auch das soll verhindert werden. Mehrmals kommen die Bullen in die Sammelzelle, kesseln uns ein und versuchen Leute rauszuziehen oder einzuschüchtern. Lautstark fordern wir endlich freigelassen zu werden. Dieser Forderung wird Nachdruck verliehen, indem die Zelle " verschönert " wird. Dann erhalten wir unsere Papiere zurück und werden gegen 23 Uhr in einen Wald in der Nähe der Kaserne gefahren, wo wir aussteigen müssen. Kurz darauf treffen wir auf Leute des Kölner EA, die uns mit dem Auto in die Innenstadt bringen.

In Köln sah man nur Grün



Kilometerlange Staus auf den Zufahrtstraßen (hier ... Kreuz Köln-Süd). Die Polizei kontrollierte Verdächtige



Nachbetrachtung:

Unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen dürfen sich Demonstrationen einer gewissen Aufmerksamkeit sicher sein. So geschehen bei bei den Massenmobilisierungen gegen das Kruzifix-Urteil oder die Schließungszeit bayrischer Biergärten. Diese Proteste wurden in einer breiten Medienübereinkunft an die Öffentlichkeit transportiert. In der Kurdistan-Frage ist das nicht so. Regelmäßig wird dieses Thema ausgeblendet, nicht den Tatsachen entsprechend vermittelt oder Hetze gegen die kurdische Befreiungsbewegung betrieben. Die Kölner Ereignisse wurden als Demonstration von KurdInnen dargestellt. (Kölner Express, FR) Die TAZ meldete, daß es keinen Kessel, sondern nur lose Ringe, gegeben habe. Ansonsten fast nur Funkstille in der Presselandschaft. Nirgendwo ein Wort davon, daß einige TeilnehmerInnen durch Bullenübergriffe schwer verletzt wurden. Unter den Tisch fiel auch, daß Busse in verschiedenen Städten (Frankfurt, Mainz, Braunschweig, Duisburg...) an der Abfahrt gehindert wurden.
Viele Leute sind im Kölner HBF. abgefangen und zur direkten Rückreise gezwungen worden. An die 2000 TeilnehmerInnen, die auf den Autobahnen um Köln kontrolliert wurden, konnten nicht in die Innenstadt gelangen. Vor diesem Hintergrund bleibt festzustellen, daß sich die vermutete Zahl (5000) der DemoteilnehmerInnen bestätigt hätte. Dann nämlich wäre es nicht so einfach gewesen diese Vorkommnisse zu ignorieren. Die Demo hätte eine ganz andere politische Dimension erhalten und eine viel breitere Außenwirkung gehabt.
Ferner fällt die repressive Entwicklung gegen Demonstrationen und die einhergehende Kriminalisierung auf. Es ist ein verschärftes Vorgehen der Staats- und Kontrollorgane zu beobachten. Massenfestnahmen und Einkesselungen geschehen mit stetiger Regelmäßigkeit (Hamburg, München,Essen...). Vergessen wollen wir auch nicht das martialische Bullenaufgebot(Räumpanzer, Hubschrauber), während eines Aktionstages im " Stocker Busch " am Abschiebeknast in Büren (Juli 95). Mehrere Leute, die der Herausgabe der " Radikal " beschuldigt werden, sitzen in Beugehaft.
Aus CSU-Kreisen war zu vernehmen, daß darüber nachgedacht wird, AusländerInnen grundsätzlich das Demonstrationsrecht abzusprechen. So soll ein Experimentierfeld geschaffen werden, welches in Zukunft breitere Ausmaße annimmt. Auch wenn die Inhalte und Auseinandersetzungen mit und gegen diesen Apparat verschieden sind: Gemeint sind wir Alle! Wie verhält sich die kritische Öffentlichkeit und marginalisierte Linke? Werden diese Konflikte überhaupt noch wahrgenommen?
Die Androhungen der CSU für eingenerelles Demonstrationsverbot von AusländerInnen sind in der Kurdistan-Frage schon faktisch und praktisch durchgesetzt. So wurden am 25.11. 400 KurdInnen in Köln eingekesselt und festgenommen. Am gleichen Wochenende besetzten 150 KurdInnen eine Kreuzung am Essener HBF. Unter Knüppeleinsatz wurde diese spontane Aktion aufgelöst. Eine gleichzeitig in Essen stattfindende Kulturveranstaltung sollte mit 150 anwesenden, behelmten Bullen im Saal durchgeführt werden. Mit Kontinuität werden kurdische Vereine geschlossen und verboten.(Kurd. Elternverein in München und Bremen) Die Begründung für die Verbote sind immer die gleichen: Nähe zur verbotenen PKK oder einer ihrer Nebenorganisationen.
Insbesondere das PKK-Verbot und die Repression gegen jegliche kurdische Aktivitäten in der BRD sind nichts als ein Ausdruck der widerlichen, von außenpolitischen und wirtschaftlichen Machtinteressen bestimmten Kumpanei der Bundesregierung mit dem Völkermordregime in Ankara.
Darum sollte zum Schluß festgehalten werden, daß eine berechtigte Kritik an der PKK für die radikale Linke kein Anlaß sein darf, sich selbstgenügsam zurückzulehnen und sich aus der internationalistischen Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf zu verabschieden. Ein solches Verhalten wäre nicht politisch, sondern nur bequem und fatal.

Für die sofortige Aufhebung des PKK-Verbots!

Für eine politische Lösung in Kurdistan!

Freiheit für alle politischen Gefangenen, auch den Abschiebehäftlingen!

Hoch die Internationale Solidarität!

Solidarische Grüße an die TeilnehmerInnen der Demo in Köln!

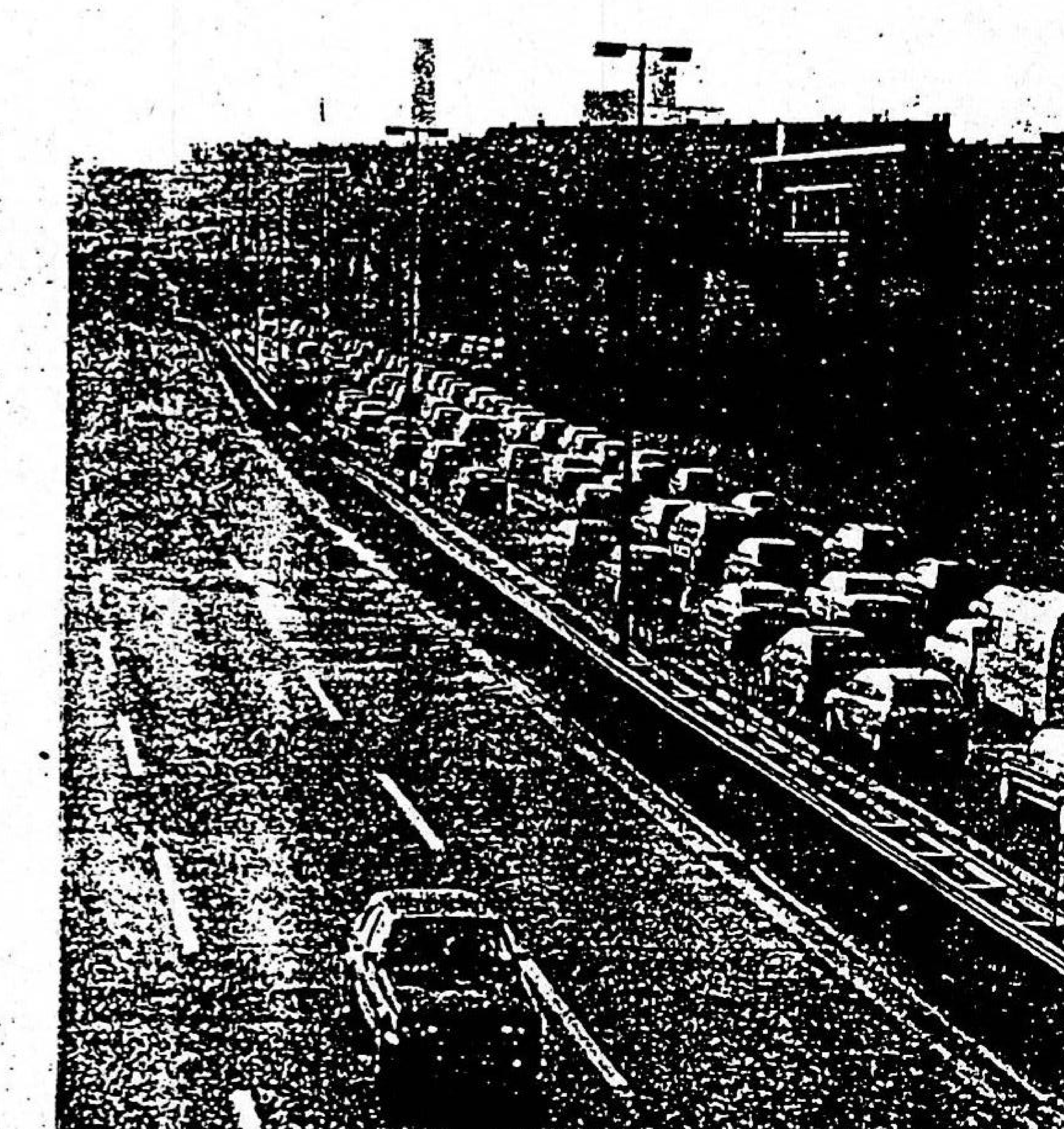
Weiter statt zurück!

Kurdistan Solidarität
Bochum

Wir sind zu erreichen:

Kurdistan Solidarität Bochum, c/o BHF-Langendreer, Wallbaumweg 108, 44894 Bochum oder
jeden Dienstag um 19 Uhr im Bhf-Kino Endstation

Köln war lückenlos abgeriegelt



Großangelegte Kontrollen der Polizei stauten den Verkehr Richtung Innenstadt, wie hier auf der Autobahn 57. Wer aus der Stadt heraus wollte, hatte freie Fahrt.

Redebeitrag des antiimperialistischen Jugendbündnisses zur Geschichte der Deutschen Bank, Kundgebung vom 16.11.95 in Hamburg

Von der Deutschen Bank (DB) heute reden als der mächtigsten Monopolbank des BRD- Imperialismus und dem Motor seiner aggressiven und räuberischen Pläne heißt auch: reden von der Geschichte dieser Bank, ihrer politisch-ökonomischen Funktion für den Nazifaschismus - der Arbeit, die sie zur Errichtung der terroristischen Diktatur des Finanzkapitals leistete und von 1933-45 an vorderster Front fortsetzte. Das ist die blutige Strategie des Raubes, der Expansion, der Versklavung, Ausbeutung und millionenfacher Ausrottung, mit der der deutsche Imperialismus die Völker niedertreten und die Weltherrschaft erobern wollte.

- Führende Funktionäre der DB, so der entscheidende Mann im Vorstand VON STAUSS, unterstützten mit den berüchtigten anderen Vertretern der Banken und Industrie die Nazifaschisten, um sie an die Macht zu bringen.
Die vielfältigen persönlichen, politischen, wirtschaftlichen und organisatorischen Beziehungen und Verflechtungen der DB-Bonzen mit Nazibonzen und ihrem Machtapparat ermöglichten der DB nach 1933, ihre Macht auszuweiten und ihr Expansionsprogramm enorm zu beschleunigen.

- Dazu diente die Aufnahme zahlreicher Nazifunktionäre in den Aufsichtsrat und den Vorstand, und deren Zahl wuchs mit der Vorbereitung und Auslösung des Raubkrieges.



- Die DB bereitete diesen Raubkrieg des Nazifaschismus entscheidend vor, indem sie
- *das Geld für den Staat beschaffte, das für die militärischen Programme erforderlich war;*
- *die DB finanzierte die Kriegsindustrie - hervorgehoben werden soll hier der Beitrag der DB zum Aufbau der faschistischen Luftwaffe, der so viele Menschen, Städte, Dörfer Europas zum Opfer fielen: die DB gab Heinkel und Messerschmidt die Kredite zum Bau der Mordmaschienen;*
- *die DB orientierte die zahlreichen Industriekonzerne, die sie kontrollierte, auf die Kriegsproduktion - so Daimler-Benz, BMW, Mannesmann, Kraus-Maffei, Hoesch, Siemens, DEA, um nur einige zu nennen;*
- *die DB wirkte entscheidend mit in den Organisationen des deutschen Imperialismus, die die Strategien für die Expansion entwickelten - z.B. dem Deutschen Orient Verein, der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft, dem Mitteleuropäischen Wirtschaftstag...*

Es ist wichtig zu betonen, daß die DB nicht etwa "keine andere Wahl" hatte als diese Politik, sondern es war IHRE Politik, der Nazistaat DER Apparat zu ihrer Durchsetzung und der Krieg DAS Mittel zur DB-Expansion.

- Die DB beteiligte sich an der Vertreibung jüdischer Menschen aus der deutschen Wirtschaft. Sie profitierte auf direkte oder indirekte Weise vom Raub jüdischen Besitzes, von der erzwungenen Flucht jüdischer Menschen oder ihrer Verschleppung in Konzentrationslager (KZ). Sie nahm die Provision von Nazis, denen sie den Kauf von jüdischem Eigentum vermittelte ebenso, wie sie selbst ihr Imperium vergrößerte durch die direkte Einverleibung von Banken und Industriebetrieben in von ihr

- Mit dem Vordringen des deutschen Imperialismus nach Österreich und in die CSR und dem Eroberungsfeldzug der faschistischen Armeen gegen die Völker Europas begann für die DB die sprunghafte Auslandsexpansion, für die ihre Führung so lange und skrupellos gearbeitet hatte. Die DB folgte der Wehrmacht, SS, SD und Gestapo in die besetzten Länder, errichtete dort ihre Filialen, eignete sich Banken dieser Länder an und war die Hauptkraft der wirtschaftlichen Durchdringung und Ausbeutung dieser Länder. Beispielhaft dafür, wie dieses Pack die Völker aussaugen wollte, ist das 1941 kurz vor dem Überfall auf die Sowjetunion unter Führung der DB gegründete europäische Erdölmonopol "Kontinentale Erdöl AG". Es erhielt für tatsächlich 99 Jahre die Rechte zur alleinigen Gewinnung, Verarbeitung, Transport und Handel des vor allem sowjetischen und rumänischen Erdöls... Beispielhaft ist allerdings auch, daß Hermann Josef ABS, als DB-Vorstandsmitglied am 19.11.1945 wegen der Finanzierung von Nazi- und Ustaschafirmen zusammen mit anderen Bankern als Ausbeuter und Kriegsverbrecher von einem jugoslawischen Volksgericht zu 10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde - leider in Abwesenheit.

- Daß die DB SELBER KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter ausbeutete, läßt sich so nicht sagen. Denn in ihren Stäben, Instituten und Filialen saßen - seit 1938 mit angeführt von ABS - Nazipolitiker,



Wehrwirtschaftsführer, deutsche "Herrenmenschen", an Bankschaltern und Schreibtischen keine für die Vernichtung durch Arbeit bestimmten Versklavten der Faschisten. Deshalb aber trägt die DB die Verantwortung für die schrankenlose Ausbeutung von vielen tausenden Frauen und Männern in den von ihr kontrollierten und geleiteten Industriekonzernen. Sie war die Zentrale, wo die Entscheidungen getroffen wurden, deren Folge der Hungertod, die Folterung und Ermordung, die Quälerei und Schinderei von KZ-Häftlingen und ZwangsarbeiterInnen in den Betrieben war - bei Daimler-Benz, BMW, Mannesmann, Siemens und vielen anderen - die mörderischen Siemensbetriebe im Frauen-KZ Ravensbrück sollen hier besonders erwähnt sein.

- Die DB ist als imperialistische Monopolbank eine Hauptverantwortliche für Faschismus, Krieg, Versklavung, Folterung, Verstümmelung und Ermordung von zahllosen Menschen. Sie ist eine Hauptverantwortliche für die Verwüstung Europas und die Leiden der Völker durch den Hitlerfaschismus.

In dem Bericht der FINANCIAL INVESTIGATION SECTION des OFFICE OF MILITARY GOVERMENT FOR GERMANY; UNITED STATES - 1946/47 heißt es:

"ES WIRD EMPFOHLEN DASS:
1. DIE DEUTSCHE BANK LIQUIDIERT WIRD,
2. DIE VERANTWORTLICHEN MITARBEITER DER DB ANGEKLAGT UND ALS KRIEGSVERBRECHER VOR GERICHT GESTELLT WERDEN. ... "

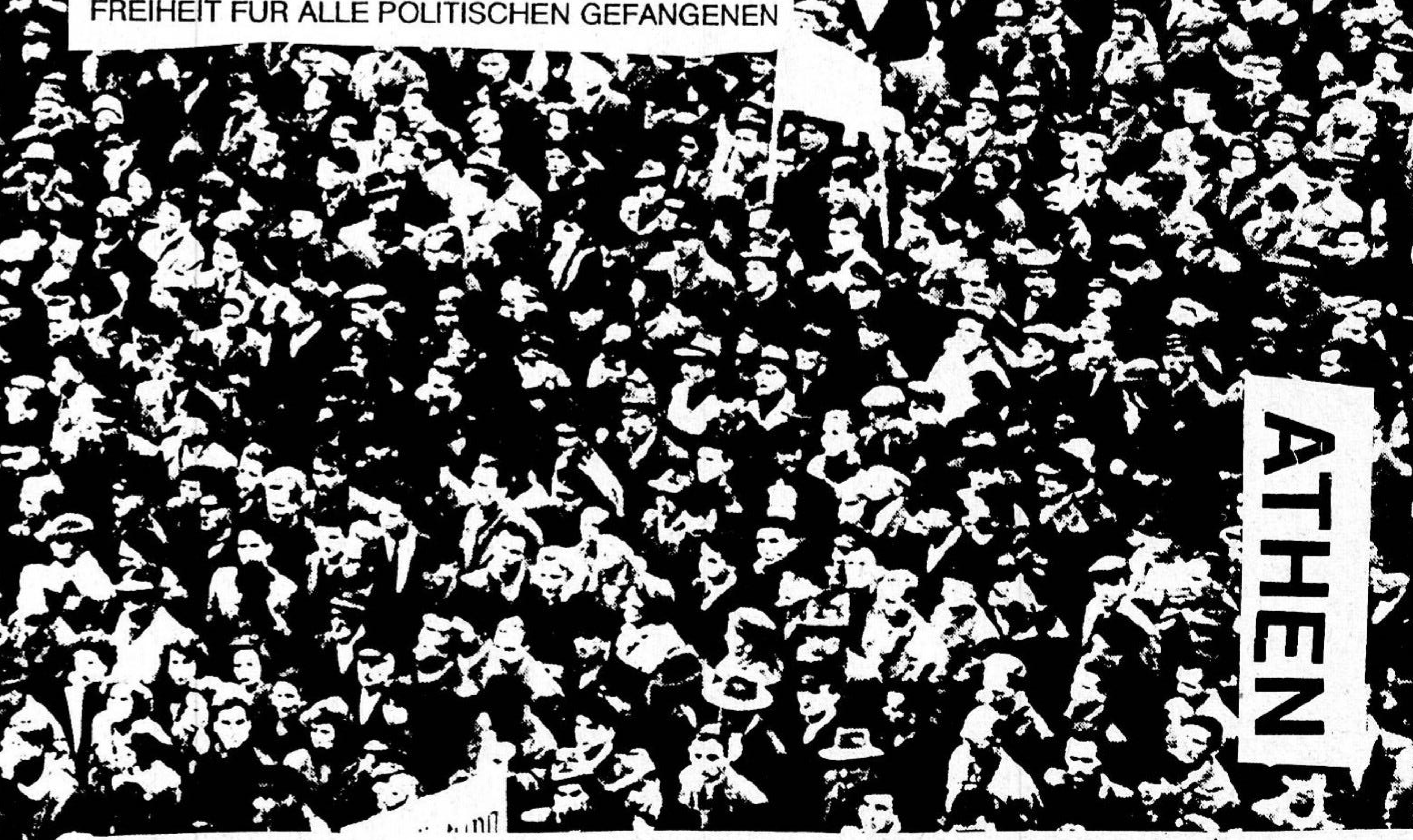
ATHEN

Hallo Genossen,
Folgender Bericht ist von der Redaktiongruppe "Alfa". Für evt. Verbindung oder Fragen gibt es folgende Faxnumber: + 301 2933396


Athen 17 Nov. '95: Mehr als 1.000 Leute in der mehrheit Anarchisten und Autonome (Schüler/Innen,Arbeiter/Innen,Arbeitslose) aber auch ausserparlamentarische Linke -besetzten am frühen Nachmittag das Gebäude der Universität Politechnio im centrum der Stadt Athen. Die Universität als Rückzugsposten fangen in den Strassen rundherum schwere Aussernandersetzungen mit der Polizei an. Über Lautsprecher wird die Forderung der Freilassung aller politischen + sozialen Gefangenen insbesonders des Anarchisten Kosta Kalarema, der sich seit dem 11 Okt. in Hungerstreik befindet, bekanntgemacht. Auch wird die Solidarität mit dem Knastaufstand der zu dieser Zeit seinen Höhepunkt erreichte ,ausgedrückt.
Ab 9.00 Uhr abends wird von der Universitätsbehörde,der Polizei erlaubt,die Universität zu räumen . Um 8.15 ist es dann so weit. Das Universitätasyl wird gebrochen,515 Menschen, ohne Gegenwehr, Arm in Arm, Parolen schreiend, festgenommen und in die Polizeicentrale geführt.
Um die Geschehen in Griechenland zu verstehen ist es nötig die politischen und sozialen Charachter , dieser Zeit, die auch "Ende der Regierungsumbildung" genannt wird, zu kennen. Darum ist es nötig einen geschichtlichen Rückblick zu machen.
Am 21. April 1967 nach einem Militareinsatz gegen die damals starke kommunistische Bewegung kommt es zur Militardiktatur. In der Zeit der Junta organisiert sich die Bewegung illegal. Der Widerstand spitzt sich im November 1973 mit den Studentenbesetzungen im ganzem Lande. Mit Centralpunkt das Politechnio, greifen tausende von Menschen die Staatsgebäude und die Polizei an. Am 17 Nov. stürmen Tanks und Militar das Politechnio. 52 Menschen werden getötet, hunderte verletzt,und tausende festgenommen. Die Arbeiter und Studentenbewegung wird plattgemacht, doch gleichzeitig hat die Junta einen starken Riss abbekommen und fällt 8 Monate später im Juli '74.
Der Fall der Junta und der Beginn der "Demokratie" wird als Regierungsumbildung charackterisiert. Mit Symbol den 17 Nov. beginnt eine starke Widerstandsbewegung das das politische Leben bis 1981 bestimmt. In der Zeit 1974-81 hat die Arbeiter und Studentenbewegung ihren Höhepunkt erreicht. Demonstrationen finden statt von tausenden(bis zu 1,5 Mill) Menschen , andauernd werden Fabriken und Universitäten besetzt und es kam zu mehreren Ausschreitungen mit der Polizei in all den Grosstätten des Landes.
Seit 1984 versucht Griechenland einen Wiederaufbau politisch sowie ökonomisch zu erreichen. Erstens um sich der Europaischen Einheit anzupassen und zweitens um einen neuen Absatzmark herzustellen. Beides führt zur steigender Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung, der Wiederverteilung des Reichstums zugunsten des Kapitals, Spitzung des Klassen und sozial Gegensatzes. Mit einem reformierten Syndikat und einer sozusagen vor sich hin wurschteltend Linken, fehlen bis heute diejene Mechanismen die die Vereinheitung der sozialen Unzufriedenheit erlauben wurde.
Das heisst nicht das es keine sozialen und Klassenkämpfe in den letzten 10 Jahren gab, diese aber immer wieder von der Massenmedien (die in den letzten Jahren zu einer der stärksten politischen Machte heranwuchs), gefiltert und geführt wurden.
Zu Folge schlägt der Staat zum Gegenangriff an und organisiert die Repression. Und wenn das für die Linke heisst : Festnahmen von Parteimitgliedern und versuchte herstellungen deren mit terroristischen Gruppen , so sieht es für die Anarchistische Scene wesentlich schlechter aus, auch wegen ihrer häufigen Represent an Strassenschlachten. Andauernde Belagerung eines Sammelplatzes der Scene von der Polizei, Personalüberprüfungen, Durchsuchungen von Infoladen und besetzten Häusern, von Wohnungen, Gefangennehmungen von Genossen ohne Beweisse, Angriffe von Demos. Charackteristisch ist auch die Deckung und das "nichts dagegen tun" besonders in der Zeit 91-93 der Polizei gegen Faschoangriffe und Aktionen. Doch durch dynamische Antwort, oft gewaltsam , sind Faschos in Griechenland heute fast nicht vorhandbar.
Seit dem letztem Jahr hat sich die Repressionspolitik des Staates sichtlich verändert. Das Bild des Drogen oder Terroristen - Anarchisten wechselt zum Bild des Kriminellen - Verbrecher, um so jede moralische Bezugsnahme zur Gesellschaft zu unterbrechen und so die Anarchistische bewegung zu isolieren.
So fand sich der Jahrestag des Politechnio zum erstenmal mit so vielen politischen Gefangenen, mit zwei Hungerstreiks im vollen Gange, sowie einer drei-tägigen Knastrevolte, ein. Unter diesem Druck von Seiten des Staates, haben sich viele Genossen zu einer offenen Auseinandersetzung mit den Staatskräften entschlossen und mit der Besetzung der Universitat die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen zu fordern und dem Jahrestag eine andere Feierlichkeit zu geben.
Die Antwort des Staates war der erstaunliche Einsatz von 3000 Staatskräften, Hubschraubern die Gasgranaten runterschossen und einen einmaligen Chemiekrieg gegen die Besetzer. Solche Ereignisse erinnern stark an die Repression gegen den Aufstand von 1973. Denn heute zeigt die bürgerliche Demokratie ihre Zähne und Grenzen - und ihre Ahnlichkeit mit der Diktatur , denn beides sind Systeme politischer und Klassen - Macht. Weil eine bürgerliche Demokratie immer eine Militarische Demokratie ist.
Die dynamische Besetzung des Polytechnio von über 1000 Aufständischen um gegen die systematische Vernichtung des Kostas Kalaremas (seit 11 Okt. im Hungerstreik) und die Freilassung der anderen politischen Gefangenen zu protestieren und deren bis zur Festnahme würdigen Haltung, schreibt eine neue Seite der Widerstandsgeschichte. Eine Seite des politischen Sieges der Bewegung, der den militarischen Sieg des Staates mit der Räumung, umstürtzt. Mit angeknackstem politischem Profil werden die Staatskräfte zur Rechenschaft gezogen, für die angewandte Gewalt (wenigsten die die von den Kameras wiedergegeben wurde) und der Anwendung von Kriegsgasgranaten.
Mit einer Armee von 500 Gefangenen, die das Bild der 50 " Zerstörungswütigen " umstürtzt, mit einer Armee von 515 Gefangenen die rufend " die Leidenschaft für die Freiheit ist stärker als alle Knäste " und mit erhobenen Köpfen abgeführt werden....

FREHEIT FÜR DIE 515 GEFANGENEN DER UNIVERSITÄT - BESETZUNG

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN



P.S: Alle 515 Festgenommen der Uni-Besetzung sind vorlaufig freigelassen worden. 135 von ihnen werden am 5. Dez. vors Gericht geladen, alle anderen haben in 10er Gruppen Gerichtstermine die bis zum Mai 96 reichen.


DEMO Do. 14.12 17.30 Kottbusser Tor
"Schluß mit Sozialleistungskürzungen
und Ausgrenzung"
Tommy Haus,Wilhelmstr.9, 14.12. 21.00
Hipp Priests (kostet nix)
IM EX GIBTS
"TOD UND MORDSCHLAG"
AM FREITAG 15.12.95
UND "HATE YOU DARLING"
AUCH NOCH....
EINLASS AB 22 UHR
MORDSCHLAG
Di. 26.12.95 in der Kulturfabrik Lehrterstr.
(zusammen mit "Hartes Brot")
Einladung zur Veranstaltung
Die neue deutsche Großmachtpolitik
Mit der Atombombe auf zu neuen Ufern!
- deutsch-französische Atomwaffenzusammenarbeit
- französische Atomtest als Modernisierung der force de frappe
- Westeuropäische Union statt NATO?
- Out of area-Einsätze der Bundeswehr
mit Prof. Ulrich Albrecht (OSI Berlin)
Freitag, 15.12.95, 19 Uhr
Versammlungsraum im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a , U-Bhf. Mehringdamm
Eine Veranstaltung von AMOB (Antimilitaristische Oppositionsbewegung)
Drugstore, Pallasstr/Potsdamer,16.12. 20.00
Konzert mit Parole Spass,Harnleita
The Grindies
BUNDESWEITE DEMONSTRATION
16. 12. 1995, 12.30 Uhr
Hamburg, Moorweide
(S-Bahn Dammtor)


Bleiberecht statt Abschiebeknast!
Aufruf zur Demonstration und Musik-Kundgebung vor dem neuen Abschiebegefängnis in Köpenick
Weg mit den Abschiebeknästen
Unterstützen wir die Menschen im Abschiebeknast und verhindern wir Abschiebungen
16. DEZEMBER, 13.oo Uhr
SCHLOSSPLATZ KÖPENICK
[S] Spindlersfeld, von dort 10 Min. zu Fuß zum Schloß Köpenick
Es rufen auf: ARI - Antirassistische Initiative, FFM - Forschungsgesellschaft Flucht und Migration, Infoladen Omega, Ini gegen das Asylbewerberleistungsgesetz, Ini gegen Abschiebehaft Köpenick / Moabit, KUB - Kontakt- und Beratungsstelle für ausländische Flüchtlinge, Mafalga - Frauen-Lesben-Antiknastgruppe, Stadtteilladen Rat&Tat (Wedding), PDS Landesverband Berlin.
Wir brauchen alle, die mit Abschiebungen von Flüchtlingen nicht einverstanden sind und die sich vorstellen könnten, in einem ersten Schritt mit uns Inhaftierte in Köpenick zu besuchen.
Initiative gegen Abschiebehaft Köpenick
Treffen 1./3./5. Montag des Monats 19.00 Uhr, Institut für Asien- und Afrikawissenschaften, Luisenstr. 54/55 in Mitte, Raum 212 , Tel.232 99 77
Initiative gegen Abschiebehaft
SHUT IT DOWN!
Freiheit
Mumia Abu-Jamal
black panther
FILMREIHE 16.+17.12.
Assata Shakur
Gironimo Pratt
Framing the Panters
Black Panther Agit aus den 60ern
Mumia Abu Jamal - From the death row
Beginn 19.00 Uhr
17.12. anschließend Informationsveranstaltung zur Situation Mumia Jamals
LICHTBLICK-KINO
Kinokooperative im Tabu, Wolliner Str 19.Mitte
Gironimo Pratt OmeU
USA 88
Geronimo Pratt ist einer der am längsten inhaftierten politischen Gefangenen in den USA. Als ehemaliges Führungsmitglied der Black Panther Party wurde er 1970 inhaftiert - für ein Verbrechen, das er nicht begangen hat.
Er erzählt von seiner Jugend im rassentrennenden Süden, von seinen Erfahrungen in Vietnam, davon, wie ihn das FBI falsch beschuldigte und wie er die gegenwärtige Situation der schwarzen Bevölkerung in den USA sieht.
Framing the panters OmU
USA 1990
Über Dhoruba, einen ehemaligen politischen Gefangenen in den USA und Mitglied der Black Panther Party. Im Film wird auch versucht, auf die Geschichte der Black Panther Bewegung in den USA einzugehen.
A message to the people OmU
Assata Shakur und Guillermo Morales sprechen aus dem cubanischen Exil über politische Gefangenschaft und Befreiung
From Death Row - Mumia Abu Jamal
Interview mit dem schwarzen Journalisten in der Todeszelle
ENTENTANZ
Veb 7 lädt ein:
Soliparty 22.dez.
→ Sub Brunnen= str.7
support:
PETZI HAT KEINE ANGST
8. MÄRZ 1996
Zur Vorbereitung für Aktionen... am 8.3.96 laden wir alle interessierten FrauenLesben-Gruppen ein. Bringt Ideen mit und informiert uns bitte, wenn Ihr bereits was plant.
Mittwoch...20.12.95... 19.30 Uhr
Nachladen, Waldemarstr. 36, 10999 Berlin
Bis dann - F.A.R.A.
(Übrigens, falls Ihr an diesem Termin keine Zeit habt: unsere Kontaktadresse ist ebenfall der Nachladen.)

Spass & Abenteuer

Solidaritäts-Event für die verbotene & kriminalisierte Zeitschrift "radikal" und für alle, die damit zu tun haben/wollen. Mit den Bands:

irrgardn

hate you darling

tod und mordschlag

anschließend Party mit DJ

Am Samstag, den 16.12.95 im Tommy Weisbecker Haus 21.30h (s.t.) (Wilhelmstr. 9 / 10963 Berlin)

Es ist grundsätzlich richtig, als Zeuge/in oder Beschuldigte/r, den Mund zu halten. Im Zusammenhang mit Ermittlungsverfahren, wie z.B. 129/129a-Verfahren, gibt es keine harmlosen Fragen und Aussagen. Taktik und strategisches Kalkül stehen hinter jeder Zeugen/innenvorladung in solchen Verfahren. Die Ziele der Staatsschutzschergen sind bei solchen Befragungen deutlich: Politische Zusammenhänge sollen verunsichert, eingeschüchtert und gespalten werden - ihre Strukturen durchleuchtet und erfaßt. Außerdem brauchen sie Informationen, um ihre Konstrukte zu verfestigen und ihre selbstgebastelten Puzzles zu vervollständigen. Jede Frage, die sie stellen, wird mit dem Ziel gestellt, die Antworten gegen andere oder auch gegen den/die Befragte/n selbst zu verwenden. Die Verhaftungen, die Haftbefehle, die Verhängung von Beugehaft, die bundesweiten Durchsuchungen am 13.6.95, die Verfahren, all dieses wird seitens des Staates eingesetzt, um den Widerstand zu kriminalisieren. Politische Kontinuität, wie eben auch die Fortführung linker militanter Politik oder z.B. die verdeckte Verbreitung der Zeitschrift "radikal" sollen zerschlagen werden.

PAH, wir lassen uns nicht einschüchtern...

pah!